

mo



MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 67



IM PORTRÄT
TRAIN OF HOPE

IM GESPRÄCH
ELKE KAHR

IN ERINNERUNG
WILLI
RESETARITS



LUXUS WOHNEN

Was MO-Kolporteur*innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



PM Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Illustration: P.M. Hoffmann

Wohnen als Luxus?

Liebe Leserin Lieber Leser

Das eine Politikerin der KPÖ den Bürgermeistersessel der zweitgrößten Stadt Österreichs erobert, ist ein untrüglicher Hinweis darauf, dass hier Themen, die zunehmend relevant werden, gut besetzt wurden: Soziales und Wohnen. Die Rede von der Prekarisierung der Mittelschicht hat sich nach zwei Jahren Corona-Maßnahmen verschärft. Dass weitere Krisen stärker auch Schuldenberatungen beschäftigen werden, ist evident. In unserem Dossier zum Thema wohnen wollten wir der Frage anhand von Wien nachgehen, wie die steigenden Immobilienpreise zustandekommen und welche Maßnahmen es gibt. Für Graz zählt Elke Kahr einige konkrete Beispiele auf, was sie in den vergangenen Jahren unternommen hat. Mit dem Ukraine-Krieg ist die Suche nach verfügbarem Wohnraum noch auf einer anderen Ebene virulent geworden. Viele Menschen haben sich in Österreich gemeldet, um zu helfen. Dass die Kriegsvertriebenen nach einer strapaziösen Flucht gut ankommen, war dem Verein „Train of Hope“ wichtig. Manuela Ertl und Nina Andresen sprechen über ihre Idee des Ankunftszentrums am Rande des Praters und woran sie sehen, dass die Versorgungsschritte danach nicht optimal funktionieren. Lesenswert ist auch der Beitrag über die Angleichung des Pensionsantrittsalters von Männern und Frauen. Nach der Lektüre wird man zurecht fragen, ob unter den gegebenen Umständen das Gleichheitsprinzip nicht ziemlich falsch verstanden worden ist.

Gunnar Landsγγελ, Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Karin Wasner



Foto: Karin Wasner



Illustration: Diana Bobb

Einstieg

- 2 CARTOON**
MO und die Mieten
- 3 EDITORIAL**
- 6 NACHGEFRAGT ...**
... bei Clemens Mitterlehner von der Schuldnerberatung.
- 7 HANDLUNGSBEDARF**
Wer soll das bezahlen? Pandemie, Ukrainekrieg, Klimaerwärmung
- 8 SOS MITMENSCH: NEWS**
MigAward für das MO-Magazin!; Fall Tina: Falschinformationen des Innenministeriums; Trauer um Willi Resetarits

Dossier: Wohnen als Luxus

- 10 WER KANN SICH WOHNEN NOCH LEISTEN?**
Jeder fünfte Haushalt wendet mittlerweile 40 Prozent des Einkommens für Wohnen auf. Wie kommt das?
- 13 NIEDRIGE EINKOMMEN, TEURES WOHNEN**
Die Armutskonferenz fordert ein Maßnahmenpaket.
- 14 „WIR HABEN VIELE DINGE UMGESETZT“**
Wie schaffte es die Kommunistin Elke Kahr zur Bürgermeisterin von Graz?
- 17 DER WOHNUNGSMARKT IST SEHR SELEKTIV**
Wie bringt man geflüchtete Menschen von der Grundversorgung auf dem privaten Wohnungsmarkt unter?

Welt

- 20 „UNSER FOKUS IST EIN HUMANER“**
Der Verein „Train of Hope“ hat die Stadt Wien von einem Ankunftscenter für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine überzeugt.
- 24 DER WEIBLICHE UNRUHESTAND**
Warum die Angleichung des Pensionsantrittsalters für Frauen vielleicht doch nicht so gerecht ist.

- 27 ICH FÜHLTE MICH WIE EINE „AUSLÄNDERIN“ BEHANDELT**
Was es heißt, in Österreich geboren und dennoch „staatenlos“ zu sein, erzählt Trinh Nguyen.

29 IMPRESSUM

30 VOM EWECHN LEM

Ein sehr persönlich gestalteter Nachruf auf Willi Resetarits.

33 EDLES METALL, PREKÄRE LIEFERKETTE

Was hat technologischer Fortschritt mit der Missachtung von Menschenrechten zu tun?

36 ANTI-MUSLIMISCHER RASSISMUS IN DER POLITIK

SOS Mitmensch hat vergangenes Jahr 70 Fälle von anti-muslimischem Rassismus in der Politik gezählt.

38 TRIBUNAL GEGEN ÖSTERREICH

Der Performancekünstler Alireza Daryanavard über sein jüngstes Theaterprojekt.

Rubriken

41 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Die Grünen, der Sideletter und das Kopftuch.
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

42 KOLUMNEN

Martin Schenk: Wahnsinn Krieg
Philipp Sonderegger: Es kommt darauf an
Clara Akinyosoye: Wo der junge Kurz recht hatte

45 MEDIEN

Bücher, Bücher, Bücher: Sonnenseiten / Wer schweigt, stimmt zu

46 ANDERE ÜBER ...

Wird im Fall der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und aus Syrien mit zweierlei Maß gemessen?
Kommentar: Die Menschenrechtsanwältin Nadja Lorenz



Lebe deine Liebe!

In der Regenbogenhauptstadt Wien kannst du deine Lebens- und Liebesentwürfe frei von Diskriminierung leben. Die Stadt unterstützt alle von Diskriminierung betroffenen homo-, bi-, transsexuellen und intergeschlechtlichen Wiener*innen und bietet Aufklärungsarbeit. Du erhältst anonyme und kostenlose Beratung bei der Wiener Antidiskriminierungsstelle (WASSt).

Hol dir jetzt Beratung!

**Stadt
Wien**

wien.gv.at/queer

NACHGEFRAGT

„Wohnen ist dringlich“

Die Corona-Maßnahmen und jüngst auch die Inflation haben Spuren hinterlassen. Clemens Mitterlehner, Geschäftsführer der ASB Schuldnerberatungen, über Problematiken und mögliche Hilfe.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL

Welchen Anteil hat Wohnen bei Ihren Schulden-Beratungsgesprächen?

Wir haben mit allen Problemlagen zu tun, von Kleinstschulden, wenn der Kirchenbeitrag nicht bezahlt wurde, über große Bankkredite, und alles was mit Wohnen zusammenhängt wie Miete, Energie, Internet. Unsere erste Aufgabe ist zu schauen, welche Unterlagen es gibt. Da tauchen oft Dinge auf, die den Betroffenen selbst nicht bewusst sind, weil sie Briefe gar nicht mehr öffnen. In dramatischen Fällen sehen wir auch, dass es schon einen Delogierungstermin gibt. Die Frage ist dann: Lässt sich die Situation noch bereinigen? Da tritt der Privatkonkurs völlig in den Hintergrund, weil es nun zu allererst um die Existenzsicherung geht.

Wer wird in diesem Fall aktiv?

Das kommt darauf an, wo die Person wohnt. Im städtischen Bereich gibt es spezialisierte Einrichtungen zur Wohnungssicherung. Im ländlichen Bereich, wo ich jahrelang Beratungen gemacht habe, gibt es das nicht so oft. In diesem Fall muss man sich als Schuldnerberater dann selbst bei der Wohnbaugenossenschaft um eine Ratenzahlung oder auch um die Abwendung der Delogierung bemühen.

Sind Mietrückstände oft das alleinige Problem?

Schulden sind Multiproblemlagen. Es ist selten, dass jemand mit einem spezifischen Problem kommt. Mehr als ein Drittel unserer Klient*innen ist arbeitslos, da spielt die Arbeitssuche eine Rolle, die Verknappung im Alltag, also die Armutserfahrung. Wohnen ist insofern dringlich, weil das gesichert werden muss. Das ist in jeder Beratung Thema: wie sicher ist die Wohnsituation? Das ist das kleine Ein-mal-eins des Schuldenberaters: zu schauen, ob die Situation ausreichend stabil ist, um darauf eine Schuldenregelung aufzubauen.

Wann kommen die Betroffenen zu Ihnen, ist da überhaupt noch Spielraum?

Die Menschen kommen meistens erst spät, wenn es gar nicht mehr geht. Oder wenn jemand aus dem Umfeld sagt: unternimm etwas. Auch das Kindeswohl spielt da eine Rolle. Ganz dramatische Fälle sind etwa, wenn jemand zu uns kommt, um die Kinder wieder zurückzubekommen.

Wie hat sich die Situation durch Corona verschärft, wenn regulär arbeitende Menschen in Not kommen?

Das ist fast der Klassiker: Auf der ei-

nen Seite ‚Working poor‘, also Menschen, die arbeiten, und es geht sich trotzdem nicht aus. Auf der anderen Seite Menschen in relativ stabilen Situationen, wo etwas Unvorhergesehenes passiert, und aus der Verschuldung die Überschuldung entsteht. Durch Corona ist das häufig passiert: Ein Einkommen bricht weg oder fällt durch Kurzarbeit geringer aus. 20 Prozent weniger Einkommen kann die Situation zum Kippen bringen. Oder, ein eigentlich erfreulicher Grund: Ein Kind kommt auf die Welt. Das führt zu einer Kostensteigerung und einer Einkommensreduktion und immer wieder in eine finanzielle Überforderung.

Wie kann man als Schuldenberatung letztlich helfen?

Wir können beraten und an spezialisierte Einrichtungen weiterverweisen, und wir haben auch als wichtige Maßnahme das ‚betreute Konto‘. Wenn Betroffene Probleme haben, ihr Geld richtig einzusetzen, nehmen wir für sie die Priorisierung vor: existenziell wichtige Dinge, wie die Wohnung, haben Vorrang. Alle Einkünfte von der Arbeit oder vom AMS gehen hier ein, werden priorisiert abgebucht, der Rest steht dem Betroffenen dann zur Verfügung.

HANDLUNGSBEDARF

Wer soll das bezahlen?

Pandemie, Ukraine-Krieg, Klimaerwärmung – wir erleben Krisen in einer extremen Dichte. Wohlhabende müssen jetzt verstärkt einen Solidarbeitrag leisten, um diese Krisen zu stemmen, ohne unsere Gesellschaft zu zerreißen.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Die Corona-Pandemie hat die Staatsschulden in Österreich enorm anwachsen lassen, auf fast 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Staat hat Menschen und Unternehmen in vielen Fällen vor einem katastrophalen Absturz bewahrt. Nicht immer waren die Maßnahmen sozial gerecht. Ein erheblicher Teil der Pandemie-Ausgaben ist den Wohlhabenderen zugutegekommen und hat so die Schere zwischen arm und reich noch weiter vergrößert.

So hat das von der Arbeiterkammer unterstützte „Momentum Institut“ vorge-rechnet, dass 56 Prozent der Corona-Hilfsgelder an die Eigentümer*innen von Unternehmen gingen und nur 34 Prozent an Arbeitnehmer*innen und Familien. Bei den Einnahmen des Staates sieht es genau umgekehrt aus: drei Viertel werden durch Steuern auf Arbeit und Konsum abgedeckt, während Unternehmensgewinne und Vermögenszuwächse nur einen Beitrag von 9 Prozent leisten. Das muss sich ändern. Denn auch Russlands Überfall auf die Ukraine verursacht, neben Leid, Tod, Elend und Zerstörung, auch enorme soziale und wirtschaftliche Kosten. Die Inflation ist sprunghaft angestiegen. Zudem dämpft der Krieg die

Wirtschaftsleistung. Die Aufnahme einer großen Anzahl an Geflüchteten verursacht Kosten im Sozial- und Bildungswesen. Hinzu kommt die immer drängendere Klimakrise, die eine kostenintensive Energiewende unumgänglich macht.

Doch wie soll der Staat all das bezahlen? Durch die Inflation und die erhöhten Energiepreise steigt derzeit das Steueraufkommen an. Der Staat kann die Mehreinnahmen bei Bedarf ausschütten, was er auch teilweise tut. Doch mit Fortdauer der Krisen werden diese Einnahmen abnehmen und die Kosten der Krisen können bei weitem nicht mehr abgedeckt werden. Die Gefahr ist groß, dass der Staat in der Folge auf Einsparungen setzt. Diese treffen dann vor allem jene, die ohnehin bereits am Wenigsten haben und sich am wenigsten wehren können.

Angesichts der Inflation sorgt jede Nichterhöhung von Sozialleistungen dafür, dass Menschen, die kein oder nur ein geringes Erwerbs-, Erbschafts- oder Finanzeinkommen haben, noch mehr als bisher ein Angst- und Krisendasein führen müssen. Während jede Einsparung bei der Bildung Gleichberechtigung und Chancen vernichtet. Was also tun? Die einzige Möglichkeit,



Illustration: Petja Dimitrova

die Krisenkosten zu stemmen, ohne zusätzliches Leid zu erzeugen und ohne unsere Gesellschaft zu zerreißen, ist eine Solidarabgabe der Wohlhabenden: dafür braucht es eine Sondersteuer auf hohe Einkommen sowie Erbschafts- und Vermögenssteuern. Es ist nämlich kein Naturgesetz, dass der Staat hohe Einkommen und große Vermögen vor Solidarleistungen schützt, während Menschen mit geringen Mitteln solche erbringen müssen.

Keine Frage, auch Wohlhabende verspüren Schmerz, wenn sie mehr zahlen müssen und dadurch einen geringeren Vermögenszuwachs oder sogar einen Verlust erleiden. Zudem ist das Misstrauen vieler Wohlhabender gegen den Staat und dessen Gebarung groß.

Doch gerade die jetzigen Krisen zeigen, wie wichtig ein solidarisch finanzierter gut ausgestatteter Staat ist. Dieser kann rettend, lenkend und ankurbelnd eingreifen. Und er kann verhindern, dass eine Spirale der Unsicherheit entsteht und antidemokratische Zerstörungs-Parteien durch wachsende soziale Ungleichheit rasanten Zulauf haben.

Deshalb ist es am Ende des Tages auch zum Wohl der Wohlhabenden, wenn sie jetzt einen Krisen-Solidarbeitrag leisten.

MEDIEN

MigAward für das MO-Magazin!

Zum feierlichen Auftakt der IntegrationsWochen 2022 wurde „MO – Magazin für Menschenrechte“ im Bereich Medien mit einem MigAward ausgezeichnet! Mit dem Preis der österreichischen Migrant*innen werden Persönlichkeiten, Unternehmen und Projekte ausgezeichnet, die sich für die Integration und Partizipation von Migrant*innen in Österreich einsetzen. „MO – Magazin für Menschenrechte“ wurde vor fast 20 Jahren, im Dezember 2003, von SOS Mitmensch ins Leben gerufen. Ziel ist unabhängiger und kritischer Journalismus, der sich menschenrechtsbezogenen Themen widmet, die in den Mainstream-Medien nicht genügend berücksichtigt werden. MO greift insbesondere The-



SOS Mitmensch-Geschäftsführerin Gerlinde Affenzeller und MO-Chefredakteur Gunnar Landsgeßel nehmen den Medien-Preis entgegen.

men rund um Rassismus, Diskriminierung, Migration und Demokratie auf. Das Magazin erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von 45.000 Stück. Ein Teil davon wird über ein Anfang 2010 gegründetes Straßenkolportage-Projekt vertrieben, ein anderer Teil mittels Abonnements. Darüber hinaus gibt es seit vielen Jahren eine Beilagen-Kooperation mit dem „Standard“. SOS Mitmensch dankt den Organisator*innen der Integrationswochen

sowie der Fachjury, dass sie den Einsatz des MO-Magazin-Teams für qualitativ hochwertigen Menschenrechts-Journalismus gewürdigt haben. Unser Dank gilt insbesondere der MO-Redaktion, Chefredakteur Gunnar Landsgeßel, Artredakteur Mitko Javritchev, Foto-redakteurin Karin Wasner, allen Autor*innen, Kolumnist*innen und Illustrator*innen, die das Magazin zu dem machen, was es seit Jahren ist: tiefgreifender und spannender Journalismus.

DEMOKRATIE

Lehrer*innen, holt die Pass Egal Wahl an Eure Schule!

Im Herbst steht die Bundespräsidentenschaftswahl an. Aber jede*r sechste Schüler*in im Wahlalter darf dort nicht wählen – das sind immerhin 50.000 Menschen! Aufgrund ihrer nicht-österreichischen Staatsbürgerschaft sind viele Schüler*innen von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Wie absurd das ist, sieht man daran, dass Lehrer*innen, die den Kindern und Jugendlichen ihrer Klasse vermitteln, dass ihre Stimme zählt oder zählen wird, damit konfrontiert sind, dass das manchmal für die Hälfte der Klasse nicht gilt. Um der gesellschaftspolitischen Ent-



Schulwahllokal bei der Pass Egal Wahl in Oberösterreich

wicklung des Wahlausschlusses einer immer größer werdenden Anzahl von Schüler*innen im Unterricht Rechnung zu tragen, hat SOS Mitmensch gemeinsam mit dem Zentrum für politische

Bildung das Schulprojekt „Pass Egal Wahl für Schulen“ entwickelt. Lehrer*innen werden dabei unterstützt, gemeinsam mit ihren Schüler*innen eine Pass Egal Wahl zu organisieren. Alle Schüler*innen im Wahlalter ab 16 Jahre dürfen bei der Pass Egal Wahl teilnehmen. Ergänzende Materialien zu Wahlausschluss und Demokratie erleichtern die Diskussion und die politische Meinungsbildung für Schüler*innen.

Anmeldung für das Projekt ist noch möglich: pass-egal-wahl@sosmitmensch.at

LÜGENAFFÄRE

Falschinfos des BMI im Fall Tina

Die im Jänner 2021 erfolgte brutale Abschiebung der 12-jährigen Tina sowie ihrer kleinen Schwester und ihrer Mutter schlägt noch immer Wellen. Es gibt den begründeten Verdacht, dass das Innenministerium mehrfach und gezielt öffentlich die Unwahrheit über den Fall und die Vorgangsweise des Ministeriums gesagt hat.

Eine parlamentarische Anfrage der Neos-Abgeordneten Stephanie Krisper geht diesem Verdacht auf den Grund. Unabhängig davon steht bereits jetzt fest: Die Aussage des damaligen Innenministers Karl Nehammer, wonach die Abschiebung „alternativlos“ gewesen sei, war falsch. Das Gegenteil war der Fall. Der Bundesverwaltungsgerichtshof hat in einem aufsehenerregenden Urteil festgehalten, dass die Abschiebung von Tina, die in Österreich geboren wurde, rechtswidrig war. Das Kindeswohl sei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Zu einer Außerlandesbringung



Innenminister Karner steht in der Verantwortung

hätte es nicht kommen dürfen.

Auch die Aussage des Leiters des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl, wonach das Innenministerium das Kindeswohl „sehr wohl umfassend geprüft habe“, entspricht allem Anschein nach nicht der Wahrheit. Das Innenministerium konnte bis heute keinerlei Belege für diese Behauptung bringen.

Die nun gestartete parlamentarische Anfrage ist ein weiterer Anlauf, die irreführende Taktik des Innenministeriums zu stoppen. SOS Mitmensch drängt auf eine vollständige und wahrheitsgemäße Beantwortung der mehr als 50 Fragen und Unterfragen.

ABSCHIED

In tiefer Trauer um Willi Resetarits

SOS Mitmensch ist noch immer bestürzt und in tiefer Trauer über das plötzliche Ableben von Willi Resetarits. Wir möchten allen Angehörigen und Freund*innen einmal mehr unser tiefes Mitgefühl und unser Beileid aussprechen.

Willi Resetarits wird uns immer in Erinnerung bleiben als jemand mit einer schier unendlichen künstlerischen und menschenrechtlichen Schaffenskraft. In einzigartiger Art und Weise hat er sich unermüdlich für soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus eingesetzt. Willi Resetarits gehörte zu den wich-

tigsten Pionieren des Menschenrechtsaktivismus und der organisierten Menschenrechtsarbeit in Österreich. Er war Teil der Gründer*innen von SOS Mitmensch und Mitinitiator des Lichtermeers vor fast 30 Jahren. Er hat darüber hinaus zahlreiche weitere soziale und menschenrechtliche Einrichtungen und Initiativen mitgegründet und mitunterstützt, wie etwa das Integrationshaus oder Asyl in Not.

Willi Resetarits hat die Zivilgesellschaft in Österreich entscheidend mitgeprägt.

Er fehlt uns und er fehlt Österreich.

Benefiz-Kunstauktion zugunsten von SOS Mitmensch

Von 31. Mai bis 9. Juni 2022 können über 100 Arbeiten sowohl renommierter als auch spannender junger Künstler*innen unter www.dorotheum.com/sos2022 ersteigert werden. Der anschließende Nachverkauf läuft bis 11. Juli. Es besteht der Vorteil der steuerlichen Absetzbarkeit. Details unter www.sosmitmensch.at

Minimale Verbesserung für Staatenlose

Kleiner positiver Schritt: Staatenlose haben künftig nach ihrem 18. Geburtstag nicht nur zwei, sondern drei Jahre Zeit, um unter erleichterten Bedingungen die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen. SOS Mitmensch fordert von der Bundesregierung dringend weitergehende Maßnahmen zur Bekämpfung von Staatenlosigkeit in Österreich.

Arbeiterkammer für besseren Zugang zur Staatsbürgerschaft

SOS Mitmensch begrüßt den Beschluss der Vollversammlung der AK Wien für einen rascheren und leichteren Zugang zur Staatsbürgerschaft – insbesondere für junge Menschen. Damit setzt die AK eine wichtige Initiative, um dem Ausschluss eines immer größeren Teils der österreichischen Wohnbevölkerung vom Wahrecht entgegenzuwirken.



Einbürgerungslücke in Österreich wächst stetig an.

WER KANN SICH WOHNEN NOCH LEISTEN?

In Wien wohnt man im internationalen Vergleich noch relativ günstig. Dennoch wendet jeder fünfte Haushalt rund 40 Prozent des Einkommens für das Wohnen auf. Corona hat die Situation verschärft. Wie kommt das?

Text: Robert Temel

Wohnen in Wien wurde in den letzten zwei Jahrzehnten viel teurer: Von 2000 bis heute stieg die Quadratmeter-Bruttomiete von 4,60 Euro auf 8,70 Euro, also um etwa 90 Prozent. Der Verbraucherpreisindex stieg in der gleichen Zeit um etwa 50 Prozent. Das sind natürlich Durchschnittswerte, die Steigerungen sind bei Neuvermietungen deutlich höher als bei bestehenden Verträgen. Ein Maß für die soziale Bewertung der Wohnkosten ist der Anteil, den sie am Gesamteinkommen eines Haushalts besitzen, beispielsweise 25 oder 30 Prozent. Wenn man diesen Wert betrachtet zeigt sich, dass sich die Wohnkostensituation in Wien in den vergangenen Jahren zwar deutlich verschlechtert hat, aber im Vergleich mit anderen europäischen Großstädten nach wie vor relativ gut ist – was natürlich für diejenigen, die diese für sie extrem hohen Preise bezahlen müssen, nur ein schwacher Trost ist.



„Das Hamerling“ im 8. Bezirk in Wien: ein ehemals öffentliches Gebäude, das von der bundeseigenen ARE und Soravia zu Luxuswohnungen saniert und an einen Investor verkauft wurde.

Während in Wien 18 Prozent der Haushalte über 40 Prozent ihres Einkommens (!) für das Wohnen ausgeben müssen, sind es in Hamburg 38 Prozent und in Berlin (wo noch vor nicht allzu langer Zeit das Wohnen ziemlich günstig war) 50 Prozent der Haushalte, wie Lukas Tockner, Wohnexperte der Wiener Arbeiterkammer, erklärt. Der Grund dafür ist der hohe Anteil an geförderten und Gemeindewohnungen in Wien, die die Preise lange gedämpft haben. Denjenigen, die heute eine Wohnung suchen, und zwar möglicherweise schnell, etwa wegen einer Trennung oder weil sie gerade zugezogen sind, hilft das wenig. Vor allem Alleinerziehende und Menschen mit niedriger formaler Bildung haben es schwer, zu einer günstigen Wohnung zu kommen. Der Lichtblick ist zumindest: Wer in Wien Anspruch auf eine geförderte oder eine Gemeindewohnung hat, muss vermutlich einige Zeit darauf warten, aber man kann sie bekommen.

Delogierungsfonds eingerichtet

Ein aktuelles Problem ist das drohende Ende der Mietstundungen, die aufgrund der Coronakrise gesetzlich verankert wurden. Viele, die ihre Miete aufgrund von Jobverlust oder Kurzarbeit plötzlich nicht mehr zahlen konnten, können die Stundungen in Anspruch nehmen. Mitte 2022 werden die Mieten aber vermutlich fällig. Allerdings hat die Bundesregierung einen Delogierungsfonds mit 24 Mio. Euro Dotierung eingerichtet, der die Kosten für jene, die nicht bezahlen können, abfangen soll, schildert Tockner. Wie berechnet wurde, spart man mit der Bezahlung von einem Euro Mietzinsrückstand, der uneinbringlich wäre, zwölf Euro an Folgekosten.



Mittlerweile gibt fast jeder fünfte Haushalt in Wien rund 40 Prozent des Einkommens für Wohnen aus.

Eigentumswohnungen: großteils vermietet

Ungefähr 45 Prozent des Wiener Wohnungsbestandes sind preisgebundene Gemeindewohnungen und geförderte Wohnungen, und in diesen lebt mehr als die Hälfte der Wiener*innen. Warum wird dann das Wohnen so teuer? Dafür

DER ANTEIL DES GEFÖRDERTEN WOHNBAUS BETRÄGT NUR MEHR EIN DRITTEL DES JÄHRLICHEN WOHNBAUS.

gibt es mehrere Gründe. Der bekannteste ist das Bevölkerungswachstum. Wien war bis 1989 eine schrumpfende Stadt. Vom Stand der 1980er Jahre mit etwa 1,5 Mio. Einwohner*innen wuchs Wien auf heute etwa 1,94 Millionen, also um fast ein Drittel. Das bedeutet starke Nachfrage nach Wohnraum und somit steigende Preise. Noch viel stärker sind die Preise für Eigentumswohnungen als für Mieten gestiegen. Doch auch diese Eigentumswohnungen werden zu einem großen Teil vermietet – zumeist befristet und teuer. Damit bieten sie keine stabilen Wohnverhältnisse, wie Tockner beschreibt.

Enorme Menge von Anlagekapital

Allerdings blieb das Angebot über die vergangenen 40 Jahre nicht gleich, sondern es wurden viele neue Wohnungen gebaut, es sind heute etwa 200.000 Wohnungen mehr als damals. Lange Zeit entstand in Wien vorwiegend geförderter Wohnbau, der subventioniert ist und strenge Preisbindungen einhalten muss. Der Anteil an freifinanziertem, also marktorientiertem Wohnbau lag bei etwa 15 Prozent der Gesamtproduktion. Das hat sich allerdings seit der Finanzkrise 2008 geändert. Eine enorme Menge von Anlagekapital ist auf der Suche nach ertragreichen Anlageformen, und die findet es im „Betongold“. Der Effekt: Heute liegt der Anteil des geförderten Wohnbaus nur mehr bei etwa einem Drittel des jährlichen Wohnbauvolumens. Der Durchschnitt der letzten Jahre waren 5.000 geförderte und 10.000 freifinanzierte Wohnungen pro Jahr. Für letztere gibt es keinerlei Preisbindung, und ein Großteil dieser freifinanzierten Wohnungen wird auch nicht primär für seine zukünftigen Bewohner*innen gebaut, sondern für den Anlegermarkt. Das bedeutet in der Praxis, dass diese Wohnungen im Schnitt in deutlich

HILFSFONDS MIT 24 MIO. EURO EINGERICHTET

„Das Lokal hat nach Corona wieder aufgesperrt. Aber mit weniger Personal.“ Peter, 48, arbeitslos. „Alle Aufträge wurden wegen Corona storniert. Meine Fixkosten musste ich trotzdem zahlen.“ Noori, 36, Werbefachfrau. „Ich hätte gerne mehr Stunden gearbeitet. Das war aber wegen Corona nicht möglich.“ Sabrina, 32, Angestellte.

Mit Beispielen wie diesen stellt sich der kürzlich eingerichtete „Wohnschirm“ vor. Das ist ein mit 24 Mio. Euro dotierter, bundesweiter Hilfsfonds, der vom Sozialministerium aufgesetzt wurde. Er steht für alle Menschen zur Verfügung, die Probleme haben, ihre Miete zu bezahlen und akut von Delogierung bedroht sind. Das Projekt koordiniert die Volkshilfe Wien, vorgesehen ist eine einmalige finanzielle Unterstützung. Laut Statistik Austria sind die hohen Wohnkosten mittlerweile für die Hälfte aller Menschen in Österreich zur Herausforderung geworden. Corona und die Inflation verschärfen die Situation. Mit dem Wohnschirm reagiert man nunmehr auf ein Problem, das man bisher mit Stundungen von Mieten nicht gelöst, aber aufgeschoben hatte. Nun soll zumindest allen unter die Arme gegriffen werden, die akut von Wohnungsverlust bedroht sind. Im exemplarischen Fall der Betroffenen auf der Website von Wohnschirm liest sich das so: Peter, der Kellner, der durch die Lokalschließung während Corona seine Arbeit verloren hat, hat Mietschulden inkl. Gerichtskosten in der Höhe von knapp 4.000 Euro. Sabrina, sie ist Alleinerzieherin, berichtet von offenen Mietkosten inkl. Gerichtskosten in der Höhe von rund 1.600 Euro. Eine Räumungsklage war in beiden Fällen bereits eingebracht. Der Fonds hat die Kosten mit einer einmaligen Zahlung übernommen. Im Fall von Noori, die 680 Euro Monatsmiete zahlte, ermöglichte der Wohnschirm den Umzug in eine günstigere Wohnung. Dafür gab es eine einmalige Umzugspauschale von 2.500 Euro. Ob die Dotierung mit 24 Mio. Euro reicht, wird sich zeigen. Für die Problematik dramatisch steigender Wohnkosten wird es aber wohl auch strukturelle Problemlösungen brauchen. (red) www.wohnschirm.at



AK-Wohnexperte Tockner: Eigentumswohnungen werden zu einem Großteil vermietet.

geringerer Qualität als der geförderte Wohnbau, aber mit viel höheren Mieten (oder Kaufpreisen) angeboten werden. Die große Anlegernachfrage und Produktion haben einen weiteren Effekt, nämlich eine große Nachfrage nach Bauland, was wiederum die Grundstückskosten für alle, auch für geförderten Wohnbau, in die Höhe treibt. Und schließlich führen diese große Nachfrage und das große Bauvolumen von hochpreisigem Wohnbau mit Preis-

SEIT 2018: GEWIDMETE FLÄCHEN MÜSSEN TEILS MIT GEFÖRDERTEM WOHNBAU BEBAUT WERDEN.

steigerungen und Lieferengpässen bei Baumaterialien dazu, dass die Baupreise für alle stark steigen. Der geförderte Wohnbau kalkuliert seine Kosten zwar nicht nach Marktkriterien, er kann sich aber beim Grundstückskauf und bei den Baupreisen dem Markt nicht völlig entziehen. Deshalb steigert all das auch die Preise im sozialen Wohnbau. Es wird also einerseits schwieriger, Grundstücke für den gemeinnützigen Wohnbau zu finden. Und gleichzeitig gibt es einen Bauboom im freifinanzierten Bereich, obwohl der Bedarf nach günstigen geförderten Wohnungen größer wäre. In dieser Schere befindet sich der gemeinnützige Wohnbau in Wien.

Vorausschauende Bodenpolitik

Was kann man nun dagegen tun? Die Stadt Wien betreibt schon seit vielen Jahrzehnten eine vorausschauende Bodenpolitik, das heißt, sie kauft langfristig Flächen, die für geförderten Wohnbau günstig zur Verfügung gestellt werden. Das funktioniert allerdings nur, solange der städtische Bodenfonds günstig kaufen kann. Das war in den letzten Jahren nicht mehr so. Deshalb verankerte die Stadt Wien 2018 in der Bauordnung die neue Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“. Flächen, die so gewidmet sind, und das sollen die meisten sein, müssen zur Hälfte bis zu zwei Dritteln mit gefördertem Wohnbau bebaut werden – und sie müssen zu den niedrigen Preisen des geförderten Wohnbaus verkauft werden. Das ist ein direkter Eingriff in den Bodenmarkt und wird hoffentlich positive Auswirkungen auf die Wohnkosten haben. Ob das funktioniert, kann man noch nicht eindeutig sagen, weil die Raumplanung ein sehr langsam reagierendes Handlungsfeld ist.

Wie die Zukunft des leistbaren Wohnens in Wien aussehen wird, ist somit aus heutiger Sicht kaum vorhersagbar. Der Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen Österreichs hat kürzlich bekanntgegeben, dass es aktuell schwierig ist, überhaupt bezahlbare Angebote von Baufirmen zu bekommen, weil innerhalb eines Jahres die Materialkosten um über 22 Prozent gestiegen sind. Man hofft auf baldige Stabilisierung. Wie realistisch das in Kriegszeiten ist, sei dahingestellt. Gerade jener Sektor, der für praktisch alle neuen leistbaren Wohnungen in Wien verantwortlich ist, kommt also in absehbarer Zeit ins Stocken, während der teure freifinanzierte Wohnbau weiter floriert, weil dort extrem hohe Mieten verlangt werden und die Preissteigerungen somit wenig Probleme machen, sie schmälern nur ein wenig die Gewinne.

Niedrige Einkommen und teures Wohnen?

Die Armutskonferenz fordert eine Wohnbau-Offensive: 25.000 leistbare Wohnungen und eine flächendeckende Delogierungsprävention.

Die Wohnungsnot in Österreich kann nicht mehr ignoriert werden. „Niedrige Einkommen und teures Wohnen, das passt nicht zusammen“, appelliert das Netzwerk Armutskonferenz an die politisch Verantwortlichen, wirksame Maßnahmen für gutes und leistbares Wohnen zu treffen. Die Armutskonferenz schlägt fünf Punkte für leistbares Wohnen vor:

1. Investitionen in den sozialen Wohnbau, in vielen Teilen Österreichs gibt es Aufholbedarf. Auch die Flächenwidmung muss mithelfen, günstigen Boden für sozialen Wohnbau zur Verfügung zu stellen.
2. 25.000 leistbare, dauerhafte und inklusive Wohnungen aus dem Bestand. Das kann die Obdachlosigkeit in Österreich abschaffen.
3. Delogierungsprävention flächendeckend ausbauen. Wohnungssicherung ist die bessere Alternative zur Straße.
4. Eine neue Mindestsicherung statt der schlechten „Sozialhilfe“.
5. Soziale Menschenrechte, das Recht auf Wohnen, soll die Verfassung vervollständigen. Den Grundrechtekata-

log zu erweitern, steht auch im Regierungsprogramm.

Existenzsicherung

Es braucht Löhne und Sozialleistungen in armutsfester Höhe. Die untersten Einkommensbezieher*innen haben in den 20 Jahren von 1997 bis 2017 über 16 Prozent ihres Netto-Einkommens verloren. Das wirkt sich natürlich massiv auf die daran gekoppelte Höhe von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe aus. Jegliche Kürzungen würden hier mittelfristig zu mehr Wohnungslosigkeit führen. Und jede Steuerreform muss in erster Linie die untersten Einkommenssegmente entlasten.

Wohnungssicherung

Die ersten Anlaufstellen für Menschen mit Geldsorgen sind oft die (Sozial)Beratungsstellen der Sozialeinrichtungen. Seit Beginn der Pandemie kommen immer mehr Menschen mit Miet- und Energierückständen. In diesen Stellen könnten Sozialarbeiter*innen Wohnungen sichern, wenn diese Stellen entsprechend ausgestattet würden. Schnelle Hilfestellungen könnten Verfestigungen von Armutslagen abwenden. Vielfach könnte der verdeckten Wohnungslosigkeit, von der besonders Frauen betroffen sind, entgegengewirkt werden.

Delogierungsprävention

Wenn die Räumungsklage da ist braucht es spezialisierte Hilfeleistung. Eigene Fachstellen mit entsprechend ausgebildeten Sozialarbeiter*innen bieten Beratung, Begleitung und unterstützen bei der Übernahme von Rückständen durch die öffentliche Hand. Dieses Netz muss österreichweit ausgebaut werden. Ein erster wichtiger Schritt dazu sind die von Ex-Bundesminister Mückstein zugesagten 24 Millionen Euro.

Wohnungslosenhilfe

Wenn es dennoch zum Wohnungsverlust kommen sollte, braucht es eine rasche Wohnversorgung der betroffenen Menschen. Am nachhaltigsten und effizientesten ist für die meisten eine Wohnung mit Betreuung nach Housing First Standards. Zahlen aus Wien belegen, dass 5 Jahre nach Mietvertragsunterzeichnung 91 Prozent der Haushalte weiter in ihren Housing First Wohnungen leben. Die eigene Wohnung und ein Betreuungsangebot haben sich europaweit bewährt. Manchmal aber braucht es auch andere Wohnformen wie Wohngemeinschaften, gemeinschaftliches Wohnen mit Unterstützung vor Ort oder kurzfristig sogar niederschwellige Notschlafstellen.
www.armutskonferenz.at

WIR HABEN VIELE DINGE UMGESETZT

Die Grazer Kommunist*innen haben es mit Fokus auf das Thema Wohnen bis an die Spitze der Stadtregierung geschafft. Neo-Bürgermeisterin Elke Kahr über die Spielräume, Wohnpolitik auf kommunaler Ebene zu gestalten und warum sie gegen die steirische Leerstandsabgabe ist.

Interview: Aaron Münch, Antonia Reissner und Peter K. Wagner

Fotos: Peter Troissler

Graz, Rathaus. Zu Siegfried Nagls Zeiten hatte die Atmosphäre noch einen elitären Charakter, Pünktlichkeit, Anzug und Krawatte. Nun gibt es jedoch einen neuen Herrn im Haus – oder besser gesagt eine Frau: Die KPÖ Graz ist bei den Gemeinderatswahlen 2021 stärkste Kraft geworden, Siegfried Nagl wurde entthront und mit Elke Kahr steht erstmals eine Frau an der Spitze der Grazer Stadtregierung. Ein anderer Wind: entspannt, gelassen und freundlich werden wir begrüßt. Aus den angelegten Büros rund um das Wartezimmer herum ist geschäftiges Treiben zu vernehmen, man hatte das Gefühl, im Rathaus wird nicht verwaltet, sondern tatsächlich gearbeitet. Bald darauf sitzen wir Frau Kahr in ihrem Büro an einem runden Tisch gegenüber. Sie hat viel zu erzählen und nimmt sich doppelt so lange Zeit wie ausgemacht war.

Frau Kahr, bei der vergangenen Wahl im Jahr 2021 hat Ihre Partei einmal mehr auf den Schwerpunkt „Wohnen“ gesetzt und ist damit stärkste Kraft geworden. Wie haben Sie das geschafft?



Die KPÖ ist seit 1998 für die Kommunalwohnungen zuständig. Darüber hinaus ist die KPÖ seit der Einrichtung des Mieternotrufs Mitte der 1990er Jahre mit dem Thema Wohnen eng verbunden. Ich selbst bin ab 2005 für das Wohnungsamt 12 Jahre lang zuständig gewesen. Wir haben da sehr viel erreicht. Wir haben mehr Gemeindewohnungen gebaut, den Kautionsfonds eingeführt und kürzlich erst verbessert. Wir haben die Möglichkeit einer städtischen Mietzinszuschlag für Gemeindewohnungen oder Übertragungswohnbauten geschaffen. Die Leute wissen, dass wir für diese Sachen stehen und sie haben auch nichts davon, wenn man sie auf eine bessere Welt vertröstet. Was sie brauchen ist Hilfe, Unterstützung und das Gefühl, dass Worte und Taten übereinstimmen.

Die Grazer und steirische KPÖ unterstützen Menschen auch finanziell. Traditionell spenden Ihre Kolleg*innen und Sie einen Großteil der Bezüge, um sie direkt an Menschen in Not weiterzugeben. Kann die KPÖ neben der Symptombekämpfung auch nennenswerte Erfolge bei der Bekämpfung struktureller, sozialer Probleme vorweisen?

Die KPÖ hat in den Ressorts seit 1998 viele Verantwortungen gehabt. Wir haben Stadtteil- und Nachbarschaftszentren aufgebaut und das Budget dafür wird nochmals erhöht. In Zusammenarbeit mit der ÖVP haben wir 2015 die Kosten der Jahreskarte der Grazer Verkehrsbetriebe halbiert. Gleichzeitig ist die österreichweit einzigartige Sozialkarte unsere Errungenschaft. Sie beinhaltet für 13.000 Grazer*innen viele automatische Leistungen wie den Energiekostenzuschuss, die Weihnachtsbeihilfe, das Schulstartgeld, den Kleinkindbonus, die Mobilitätskarte und vieles mehr. Der Kautionsfonds ist 2010 von uns eingeführt worden. Die Mietzinszu-



Kahr war 12 Jahre lang für das Wohnungsamt zuständig. Es wurden mehr Gemeindewohnungen gebaut, der Kautionsfonds eingeführt und eine städtische Mietzinszuschlag geschaffen.

zahlung haben wir politisch und außerparlamentarisch erkämpft. Auch haben wir versucht, die Politikerprivilegien abzubauen. Die Klubförderungen der Partei werden an den „Graz-Hilft-Fonds“ gespendet, der beim Sozialamt eingerichtet ist. Wir haben viele Dinge umgesetzt, alles zu erwähnen würde jetzt zu weit führen.

**ICH SEHE MICH EHER ALS
AKTIVISTIN DENN ALS
POLITIKERIN.
ELKE KAHR**

Sie haben in Ihrer Antrittsrede von einem „Blick von unten“ auf die Stadt Graz gesprochen. Ist dieser Blick in Ihrer neuen Rolle noch möglich?

Es ist wurscht, in welcher Aufgabe oder Rolle ich da bin. Die Leute achten nicht auf deine Funktion, ich bin ja der gleiche Mensch geblieben. Ich könnte gar nicht anders, ich sehe mich eher als Aktivistin, denn als Politikerin. Es kommen jede Woche hunderte Leute zu mir persönlich. Das ist mir auch wichtig, das habe ich mein Leben lang so gehalten, denn viele Errungenschaften der KPÖ sind durch das persönliche Gespräch entstanden.

Wie geht es Ihnen mit den neuen Aufgaben, wenn Sie etwa bei einem Spatenstich Hände schütteln müssen?

Ich gehe zu wenigen Spatenstichen, muss ich ehrlich sagen. Morgen werden Gemeindewohnungen übergeben und natürlich gehe ich dahin, weil mich interessiert, wer dort wohnen wird und, um zu betonen, wie wichtig es ist, in einem Haus zusammenzuhalten, egal, von wo man kommt. Da geht es viel um Wertschätzung. Darin sehe ich die Verpflichtung von Menschen in politischen Funktionen. Es geht nicht darum, auf einem Bild zu sein.

Welche Maßnahmen setzen Sie gegen die Ghettoisierung und gegen die Marginalisierung von Randgruppen, wenn es um das Thema Wohnen geht?

Es ist wichtig, dass die Stadt Graz ihre Steuerungsmöglichkeiten nicht aus der Hand gibt und Maßnahmen beim Erwerb von Grund und Boden setzt. Das haben wir auch gemacht. Wir haben über 1.000 neue Gemeindewohnungen, vor allem in Gebieten ohne bisherige Gemeindewohnungen, geschaffen. Ein weiteres Instrument wäre die Wohnbauförderpolitik, die ist aber Landessache. Deswegen haben wir letz-

den Antrag gestellt, dass die Fördermittel an private Wohnbauträger mit einem bestimmten Anteil an Gemeindewohnungen zweckgebunden sein sollen. Das wäre die beste Steuermöglichkeit und das müsste man genauso bei der Altbausanierung und deren Förderung machen.

Sie sitzen auch hier, weil Ihrem Vorgänger Siegfried Nagl von der ÖVP vorgeworfen wurde, Immobilieninvestoren zu viel Raum für privaten Wohnbau zu geben. Welche Hebel haben Sie tatsächlich, um billigen Wohnraum zu schaffen? Die Anzahl der Gemeindebauten von Wien kann Graz nur schwer in einer Legislaturperiode erreichen.

220 Wohnungen werden alleine heuer übergeben. Man muss Grundstücke sichern und auch in die Richtung gehen, dass wir in Bestandshäusern Wohnraum sichern, wenn Wohnungen Privaten gehören und der Preis einigermaßen passt. Ich bin ja nicht der Meinung, dass nicht gebaut werden soll, die Frage ist aber für wen, wie und wo gebaut wird. Ansonsten gibt es natürlich keinen Hebel. Enteignen kann man ja niemanden, das ist ein Bundesgesetz und in der Verfassung geschützt. Ich betone das, weil das immer wieder uns gegenüber als kommunistischer Partei aufkommt.

Eine andere Steuermöglichkeit ist eine Leerstandsabgabe. Eine solche wurde kürzlich auf Landesebene beschlossen. Warum haben Ihre Kolleg*innen von der KPÖ Steiermark dagegen gestimmt?

Aus mehreren Gründen: Erstens, weil es ein Gesamtpaket war, welches aus mehreren Punkten bestand. Und andererseits, weil ich das nicht für ein taugliches Instrument halte. Du löst damit das eigentliche Problem nicht. Du kannst damit einen wohnungspolitischen Diskurs erreichen, aber diese leerstehenden Wohnungen sind zu teuer oder in marodem Zustand. Die Abgabe



Fördermittel an private Wohnbauträger sollen mit einem bestimmten Anteil an Gemeindewohnungen zweckgebunden sein.

von bis zu 1.000 Euro zahlen diejenigen, die man treffen möchte, aus der Portokasse, und die anderen gängelt man damit sehr. Fachleute sagen, der vermutete Leerstand sei nicht so groß und die Wohnungsnot sei so akut, dass die Leute selbst überteuerte Wohnungen nehmen. Es ist mehr Aufwand, als es Nutzen bringt.

„ENTEIGNEN KANN MAN JA NICHT. ICH BETONE DAS, WEIL DAS UNS GEGENÜBER IMMER WIEDER AUFKOMMT.“

Welche Herausforderung bedeutete die Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten für die Stadt Graz?

Da hat es einen Konsens über alle Maßen bei der öffentlichen Hand und vielen Privatpersonen gegeben. Die Messe als Ankunftseinrichtung war schnell auf eigene Beine gestellt. Wir haben Gemeindewohnungen tiptop hergerichtet. Durch die große private Hilfsbereitschaft ist die Wohnversorgung der ukrainischen Familien eigentlich nicht das Thema. Interessanterweise sind in Graz auch nicht so viele Menschen aus der Ukraine – etwa 2.500 gemeldet Hauptwohnsitze sind es Stand Ende April. Bei uns sind Gott sei Dank eher Menschen angekommen, denen es besser geht. Sie sind gut ausgebildet, mit vielen persönlichen Ressourcen. Was ich im Parteien-

verkehr mitbekomme, ist, dass sich aktuell viele nicht-ukrainische Geflüchtete als Geflüchtete zweiter Klasse sehen. Man muss schaffen, die Bedingungen für die eine Gruppe zu den Bedingungen für alle zu machen.

Noch eine Frage zum Ukraine-Krieg: Die steirische KPÖ wirbt für eine aktive Neutralitätspolitik ...

... das ist die Rolle eines neutralen Staates. Von unserem Land soll nie wieder ein Krieg ausgehen, das bedeutet auch keine Waffen zu liefern oder sich zu beteiligen. Der Geist der Kriegslöge, Gewalt mit Gegengewalt zu beantworten, endet in einer Dauerspirale der Gewalt. Wir haben probiert, die Gräben nach dem Jugoslawienkrieg – das mag ganz banal klingen – mit „Jugo“-Festen etwas zu schließen, und darum geht es: immer das Verbindende zu suchen, aber auch nichts zu beschönigen, die Welt kann nur friedlicher und besser werden, wenn man dafür kämpft. Mich sorgt, dass Länder wie Schweden jetzt bereit sind, ihre Neutralität aufzugeben. Wir reden gerade über marginalisierte Gruppen, wo wird denn das hinführen, wenn wir die Mittel in Aufrüstung stecken? Wir verwenden da Steuergeld, das wir dringend brauchen.

Die Gegenseite argumentiert, Russland habe eine Grenze überschritten und das könne man nicht akzeptieren.

Es ist nicht in Ordnung, keine Frage. Aber das war bei vielen anderen Kriegen auch so. War der Angriff auf Libyen richtig, auf den Irak? Die Souveränität jedes Volkes ist zu schützen und zu wahren. Selbstverständlich ist es eine Schweinerei, was in der Ukraine passiert. Ich tue mir mit dem Thema aber insofern schwer, als dass es dann im Reflex schnell heißt: „Natürlich, die Kommunisten sind Putin-treu.“ Nur, weil es einmal eine Sowjetunion mit Hammer und Sichel gab, sind das nicht unsere Bündnispartner. So etwas ärgert mich wirklich, es wird alles vermischt.

DER WOHNUNGS- MARKT IST SEHR SELEKTIV

Wie kommen geflüchtete Menschen, mitunter ohne Sprachkenntnisse und Job, nach der Grundversorgung zu einer Wohnung? Wer unterstützt sie und welche Herausforderungen gibt es da? Wohnen in Wien aus anderer Perspektive.

Text: Beverly Mtui

Als geflüchtete Person in einem anderen Land Fuß zu fassen, ist alles andere als einfach. Asyl zu bekommen ist eine Sache, aber wie man nun in einem neuen Zuhause andockt, eine andere. Zugänge zu leistbaren Wohnungen werden immer schwerer, das gilt besonders für geflüchtete Menschen. Kommen z.B. größere Familien an, ist der aktuelle Wohnungsmarkt darauf nicht ausgelegt, weder der private noch der von Genossenschaften. Wer die Inserate durchforstet, wird meist Zwei- bis Dreizimmer-Wohnungen finden, darüber gibt es kaum etwas. Und wenn doch, kommt die Anzahl der Personen ins Spiel. Es soll keinen Überbelag geben, pro Quadratmeter sind Grenzen gesetzt. Fast fragt man sich: Ist es überhaupt möglich, Wohnraum für eine Großfamilie zu finden? Für alle geflüchteten Menschen gilt generell, dass sie mit einem positiven Asylbescheid die



Für alle geflüchteten Menschen gilt, dass sie mit einem positiven Asylbescheid die Grundversorgungsquartiere verlassen und eine eigene Wohnung finden müssen.

Grundversorgungsquartiere verlassen und eine eigene Wohnung finden müssen. Florian Hobl, Marion Niedermayr und Judith Voglsinger unterstützen sie dabei. Sie sind vom Diakonie Flüchtlingsdienst und erzählen von den Tücken des Wiener Wohnungsmarkts.

Erste Stufe Grundversorgung

Grundversorgungsquartiere sind die erste Andockstelle für geflüchtete Personen. Diese staatlichen oder von NGOs zur Verfügung gestellten basalen Unterbringungen stellen den Geflüchteten eine rudimentäre Vollversorgung bereit.

Oft sind das große Häuser mit Mehrbettzimmern und Sanitäreinrichtungen am Gang. Für Privatleben ist hier wenig Raum, jedenfalls gibt es mit dieser organisierten Unterbringung ein Dach über dem Kopf. Falls Geflüchtete in privaten Unterkünften wohnen, erhalten sie dafür eine Grundversorgungsleistung in Höhe von wenigen Hundert Euro. Für die Bedürfnisse des Lebens gibt es in Wien ein Taschengeld von 40 Euro pro Monat zur freien Verfügung, sowie 42 Euro pro Woche Verpflegungsgeld. Bekleidungs- und Schulgeld wird in den Quartieren in Wien nicht mehr zweckgebunden (also in Form von Gutscheinen) ausgegeben, sondern in bar. Für eine selbstständige wirtschaftliche Lebensführung reicht das nicht. Geld dazuzuverdienen ist in der Grundversorgung aufgrund von Einkommensgrenzen aber nicht erlaubt. Gemeinnützige Tätigkeiten unter Remuneration schon. Das zeigt: eine langfristige Lösung sind Grundversorgungsquartiere nicht. Zum einen, weil nach einem positiven Asylbescheid innerhalb von vier Monaten die Grundversorgung verlassen werden muss. Zum anderen, weil die Grundversorgung das eigenständige Leben limitiert. Florian Hobl dazu: „Menschen müssen sich selbst verwirklichen und ihr Leben selbst in die Hand nehmen können, und das kann nur mit einem eigenen Einkommen gelingen, mit dem nachhaltig gehaushaltet werden kann. Wenn kein Einkommen gegeben ist, so gibt es auch wenig bis keine Perspektive, um im Leben voranzukommen.“

Keine Perspektiven werden übrigens auch jenen zugebilligt, die im „Rückkehrzentrum Bürglkopf“ im Bezirk Kitzbühel leben. Oben am Berg, in der stillgelegten Anlage eines Magnesitwerkes werden Menschen mit einem negativen Asylbescheid zur „Außerlandering“ untergebracht. Hier gibt es eine Rückkehrberatung, aber auch eine Beratungsstelle für Personen, die sich noch im Asylverfahren befinden. 2019

geriet das Asylzentrum Bürglkopf durch einen Hungerstreik in die Schlagzeilen. Kritik an den Zuständen wurde laut. Der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi forderte die Schließung der Einrichtung. Die Bewohnenden dürften den Bezirk nicht verlassen und würden keine Grundversorgung mehr erhalten. Amnesty International bezeichnete die Unterbringung als „inhuman, menschenrechtswidrig und nicht notwendig“. Das Zentrum Bürglkopf ist bis heute aktiv.

Von Startwohnungen für Geflüchtete ...

Um Personen mit positivem Asylbescheid bei der Integration in den Wohnungsmarkt zu unterstützen, gab es längere Zeit so genannte Startwohnungen. Diese waren für Asylberechtigte verfügbar, die direkt aus den Grundver-

WAS BLEIBT, SIND OFT SUBSTANDARDWOHNUNGEN, DIE ABER ZU DEN GLEICHEN PREISEN VERMIETET WERDEN.

sorgungsquartieren kamen, oder aus einem sehr prekären privaten Wohnkontext. (Es gab sie zum Teil auch für subsidiär Schutzberechtigte, falls diese die Einkommensgrenze überschritten und deshalb die Grundversorgungsleistung entfiel.) Ende 2021 ist das Projekt „Startwohnungen für Geflüchtete“ ausgelaufen. Betreuung gibt es neuerdings im Rahmen von „Mobil betreutes Wohnen für Kund*innen aus der Wiener Wohnungslosenhilfe“, dazu zählen nun auch Asylberechtigte und eingeschränkt subsidiär Schutzberechtigte aus der Gruppe der Geflüchteten. Die Personen kommen wie bisher aus den Grundversorgungsquartieren, sei es privat oder organisiert, oder sie wohnten in prekären Umständen und schafften es nicht, selbstständig einen ordentlichen Hauptmietvertrag zu finden, der auch den Bedürfnissen der Person oder der Familie entspricht.

... zu „Mobil betreutes Wohnen“

Zuständig für das „Mobil betreute Wohnen“ ist der Fonds Soziales Wien und die Wiener Wohnungslosenhilfe. In den Quartieren und in Beratungsstellen wird geklärt, ob ein Anspruch besteht, dann werden die Betroffenen dem „Mobil betreuten Wohnen“ zugewiesen. Der Wohnbedarf wird erhoben und die Wohnraumsuche bei den sozialen Wohnungsverwaltungen der Trägerorganisationen gestartet. Daraus ergeben sich aber auch einige Unterschiede zwischen den Startwohnungen von früher und der jetzigen Leistung. In den Startwohnungen war Wohnen und Betreuung gekoppelt, d.h. ohne Betreuung war der Wohnraum gar nicht verfügbar. Zudem war die Laufzeit bis auf wenige Ausnahmen auf zwei Jahre befristet. Dadurch ging nach einem Jahr verhältnismäßig viel Betreuungsarbeit in die Suche nach einer finalen Wohnung. Aufgrund der Erfahrungen des Projekts der Startwohnungen hat man nun Wohnen und Betreuung entkoppelt. „Mobil betreutes Wohnen“ heißt konkret, dass Wohnen immer nur für sechs Monate gewährt wird. Während dieser sechs Monate wird mit den Klient*innen eine Wohnung mit einem Mietvertrag für zumindest drei Jahre gesucht. Wurden die Startwohnungen früher vorselektiert, ist die Idee von „Mobil betreutes Wohnen“, die Klient*innen bei der Auswahl der Wohnungen einzubinden.

Können Geflüchtete gleich eine Wohnung erhalten?

Perspektivisch gesehen ist es wichtig, dass die Menschen diese Wohnungen von Anfang an selbst erhalten können. Insofern sei es wichtig, so Judith Voglsinger, dass die Mindestsicherungsleistungen so schnell wie möglich beantragt werden, sobald der positive Asylbescheid vorhanden ist. So wird auch im Fall eines Verzugs die Geldleistung rückwirkend bezahlt. Voglsinger dazu: „Wenn die Bearbeitungszeit des Mindestsicherungsantrags noch läuft,



Ende 2021 ist das Projekt der „Startwohnungen“ der Stadt Wien ausgelaufen. Betreuung gibt es nun im Rahmen von „Mobil betreutes Wohnen für Kund*innen aus der Wiener Wohnungslosenhilfe“.

springt die Diakonie bei den Mietzahlungen an die Hausverwaltungen ein. Das heißt, dass die Diakonie die Mietzahlungen an die Hausverwaltungen überweist, und die Klient*innen den Betrag an die Diakonie zahlen.“ Praktisch läuft das so, dass die Diakonie die Wohnungen anmietet und Nutzungsverträge mit den Personen abschließt. Die Personen finden nach Ende der drei Jahre dann entweder eine eigene Wohnung, oder es werden Wohnungen angemietet, die eine Mieteintrittsopti-

on bereitstellen. Das bedeutet, dass Klient*innen, die aktuell in den Wohnungen leben, den Mietvertrag nach Ablauf der drei Jahre von der Diakonie übernehmen können. In der Praxis kommt das aber eher selten vor, weil die allermeisten Geflüchteten die Wohnung ohne die Mindestsicherung nicht so bald erhalten können. Deshalb gibt es die soziale Wohnverwaltung der Diakonie. Sie ist proaktiv in der Wohnraumakquise und steht in Kontakt mit den Hausverwaltungen.

Wohnungssuche: der kleine Unterschied

Mit dem Bezug der Wohnungen sollte endlich einmal auch ein gewisser Alltag einziehen. Zu besonderen Problemen kommt es nicht, wenn, dann sind es die üblichen Dinge in der Nachbarschaft. Im Fall von Beschwerden hakt die soziale Hausverwaltung nach. Anders verhält sich das jedoch einen Schritt vor dem erfolgreichen Bezug der Wohnungen, in den Beratungsstellen. Florian Hobl berichtet von besonderen Herausforderungen, die u.a. auch mit Rassismus zu tun haben, vor allem am privaten Wohnungsmarkt. Dieser werde sehr selektiv vergeben und erschwert den Zugang für Geflüchtete deutlich. Hobl: „Im Rahmen unserer engmaschigen 1:1-Betreuung bringen wir unseren Klient*innen das Wohnungssuchen bei und begleiten sie dabei. Da merken wir oft, dass es einen

ES MACHT EINEN UNTERSCHIED, OB DIE GEFLÜCHTETE PERSON ODER WIR UM EINEN TERMIN ANFRAGEN.

Unterschied macht, ob die geflüchtete Person selbst um einen Besichtigungstermin anfragt oder unsere freiwilligen Mitarbeitenden.“ Oft sei es schon eine gewisse Herausforderung, den privaten Vermieter*innen zu erklären, dass die Mindestsicherung ein Rechtsanspruch ist und die neuen Mieter*innen selbstverständlich ihre Miete bezahlen können. Nicht immer mit Erfolg. Was bleibt, sind Substandardwohnungen, die teilweise unmöbliert sind, die keine Heizung und daher drohenden Schimmelbefall haben. Bemerkenswert daran ist, dass diese Wohnungen oft zu den gleichen Preisen vermietet werden wie sanierte Wohnungen. Aus Mangel an Alternativen müssen diese Wohnungen dennoch angemietet werden. „Das ist die Realität, die sich abseits vom langfristigen sozialen Wohnbau und Wohnungsunterstützung abspielt“, hält Florian Hobl durchaus ernüchternd fest.

INITIATIVE

„Unser Fokus ist ein humanitärer“

Im Ankunftszentrum am Rand des Wiener Praters werden die Neuankömmlinge aus der Ukraine versorgt. Die Idee dafür hatte der 2015 gegründete Verein „Train of Hope“. Aufgrund von Versorgungsmängel kehren aber viele Menschen noch Wochen später dorthin zurück.

TEXT: GUNNAR LANDSGESELL
FOTOS: KARIN WASNER

Anna, eine Frau mittleren Alters, und ihre Freundin sind gerade aus Ungarn im „Humanitären Ankunftszentrum“ in Wien mit ihren Kindern und dem wenigen Gepäck angekommen, das man auf der Flucht so mitnehmen kann. Anna hat zwei Kinder, 10 und 20 Jahre alt, nun sind die zwei Restfamilien am Rand des Wiener Praters gestrandet. Seit Anfang März haben sie in Unterkünften in Ungarn ausgeharrt, vertrieben aus Dnipro, wo die Ehemänner ihnen mittlerweile mehrfach von Bombenangriffen berichten mussten. Im März wurde in der Stadt an dem gleichnamigen Fluss u.a. auch ein Kindergarten getroffen, im April der Flughafen schwer beschädigt. Die beiden Frauen wirken müde und positiv gestimmt, aber es ist zu merken, wie viel an Selbstdisziplin es dafür braucht. Nun sind sie hier in Wien, weil ihnen Bekannte berichtet haben, dass die Situation in Österreich besser sei als in Ungarn. Eigentlich wollten die beiden Frauen vor wenigen Tagen endlich wieder zurück in die Ukraine, als die russische Armee die Stadt erneut aus der Luft angriff. Jeden Tag denken sie an die Rückkehr, sagt die Frau, das fühle sich nun schon sehr lange an. Wo sie heute übernachten werden, wissen sie nicht.



Manuela Ertl und Nina Andresen von „Train of Hope“: Sie koordinieren die vielfältigen Anforderungen und Hilfsleistungen in der Halle mit Übersicht und Engagement.

Um 17 Uhr werde ein Bus kommen und sie in eine Unterkunft bringen, vielleicht in Wien, vielleicht woanders. Auf dem Tisch liegen ein paar Blätter Papier, die Registrierung, und eine Nummer, die ihnen zugewiesen wurde. Die kleine Gruppe hat gerade gegessen, sie wurde gut versorgt hier im Ankunftscenter. Es ist eine kurze Pause in einem Dauerzustand der Unrast und Ungewissheit, die über Wochen immer neue Gesichter annimmt, aber nicht aufzuhören scheint. Einen Tisch weiter kämpft eine junge Frau, die gerade telefoniert, mit den Tränen. Sie wirkte Minuten zuvor noch gelassen und war für ein Gespräch bereit, als ihre Mutter ihre Unterstützung brauchte. Was genau passiert ist, eine schlimme Nachricht von zuhause, oder eine weitere Unwägbarkeit vor Ort – was die Menschen auf der Flucht an Belastungen erleben, ist für Außenstehende kaum nachvollziehbar. Das Ankunftscenter spielt in solchen Situationen eine wichtige Rolle: als Ort auf der Reise, der etwas Halt geben soll. Signale an die Menschen, man sei wo angekommen und gut aufgehoben sind Teil des Konzepts.

Bemerkenswert, dass die Idee dieses Ankunftscenters in der ehemaligen Sport&Fun-Halle auf eine private Initiative zurückgeht. „Train of Hope“, 2015 im Zuge der großen Flüchtlingsankunft von Manuela Ertl und einer Gruppe von Aktivist*innen gegründet, half damals ebenso schnell wie improvisiert. Man stellte einen Tapeziertisch in der großen Halle des Hauptbahnhofs auf und machte sich an die Arbeit. Bemerkenswert ist, dass sich die Helfer*innen nach erfolgreicher Arbeit nicht wieder zerstreuten, sondern einen Verein gründeten und begannen, eine Perspektive zu entwickeln – eigentlich schon eine nächste Krise antizipierend. Dass das die Ukraine und nicht etwa Afghanis-



Zur täglichen Essensausgabe und Verpflegung kommen nicht nur Erstankömmlinge, sondern auch viele Wiederkehrer. Das zeigt, dass die Versorgung der Geflüchteten nicht optimal funktioniert.

tan betreffen würde, sagt Nina Andresen, die 2015 dazu stieß, hätten natürlich auch sie nicht erwartet. Doch wo der Krisenherd liegt, spielt keine so große Rolle. Hilfe braucht Organisation, Infrastruktur und Kompetenzen. Manuela Ertl und Nina Andresen sind heute im Wesentlichen für die Koordination von „Train of Hope“ zuständig. Man findet sie praktisch zu jeder Tages- und

Im Ankunftscenter geht es neben elementaren Bedürfnissen vor allem darum, Sicherheit zu vermitteln.

teils Nachtzeit auf der Seite der Mehrzweckhalle, wo in mehreren Containern Spenden der Bevölkerung gelagert und verteilt werden und die Logistik für das Ankunftscenter samt Verpflegung und anderer Dienste koordiniert wird. Ertl und Andresen waren es auch, die, als der Ukraine-Krieg Ende Februar ausbrach, der Stadt Wien ein grobes Konzept für das Ankunftscenter vorgeschlagen hatten. Andresen: „Unser Fokus ist ein humanitärer, deshalb wollten wir, dass die Ankunft in zwei Schritten organisiert ist: Im Ankunftscenter

sollen die Menschen nach einer strapaziösen Flucht versorgt werden, Informationen in der Erstsprache erhalten, sich duschen können, das Notwendigste erhalten. Der zweite Schritt sollte dann der bürokratische sein, dafür haben die Menschen, die eben erst angekommen sind, keinen Kopf. Da geht es um ganz andere, elementare Bedürfnisse, vor allem darum, Sicherheit zu vermitteln.“

Wichtige Impulse

Es erstaunt, dass eine eigentlich kleine NGO als Impuls- und Ideengeberin in einer derart zentralen Rolle gefragt ist. Und dass diese konzeptuelle Arbeit nicht von der Kommune kommt. Andresen findet das aber durchaus naheliegend: „Wir verfügen über Erfahrung und sind sicherlich näher an den Menschen dran als eine Stadtverwaltung. Aber ich finde es nicht naheliegend, dass das eine NGO spendenfinanziert und ehrenamtlich macht.“ Dass es bis heute keine finanzielle Abgeltung für die Hilfsleistungen gibt, stimmt einen auch angesichts der Verantwortung, des Aufwandes und der psychosozialen Rolle, die die Ankunftsstelle hat, nachdenklich. Immerhin gibt es seit kurzem da-

rüber Gespräche. Während ständig das Telefon läutet, sich Clowns für einen Einsatz in der Halle bereitmachen und Helfer*innen überlegen, wo sie gespendete Süßigkeiten, Babysachen und Hygieneartikel unterbringen, erzählt Manuela Ertl in einem der Container, wie sie der Kommune ihre Idee unterbreitet haben: „Wir haben das Konzept der MDOS vorgestellt, das ist die Magistratsdirektion für Organisation und Sicherheit, die für Krisenmanagement zuständig ist. Mit der MDOS hatten wir schon 2015 Kontakt, sie hat damals den Krisenstab der Stadt geleitet. Dort wurde alles besprochen, was es an Infrastruktur und Logistik braucht.“ Tatsächlich ist Train of Hope heute gemeinsam mit der Berufsrettung, die nicht im Sanitätsdienst vor Ort ist, sondern als Einsatzstab der Stadt Wien, gemeinsam für das Krisenmanagement verantwortlich. Was die finanzielle Absicherung des Projekts betrifft, war man 2015 acht Wochen nach Beginn der Erstversorgung mit den Gesprächen schon weiter. Damals war das Innenministerium zuständig, konkrete Verhandlungen liefen bereits. Ertl dazu: „Das ist doch überraschend, dass es 2015 mit dem Innenministerium schneller ging als es heute, wo die Klärung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu lange dauert.“ Damals gab es einen Fördervertrag mit Train of Hope und anderen NGOs, die in der Akutversorgung – also auf den Bahnhöfen und in den Notquartieren – tätig waren. NGOs erhielten zumindest einen Großteil der Kosten ersetzt, um Lebensmittel heranzuschaffen und die Infrastruktur zu finanzieren, die notwendig war, um den Betrieb am Laufen zu halten. In den vergangenen Jahren hatte Train of Hope und ihre neu gegründete Schwesterorganisation House of Hope versucht, aus den Ereignissen von 2015 die Lehren zu ziehen um für eine neue Krise vorbereitet zu sein. In Lagern sammelten sie Kleider aller Größen, Schlafsäcke für Babys oder auch tausende Plastikbecher und Besteck,



Hygieneartikel, Babywindeln, Durschgel, die Spendenbereitschaft ist groß. Train of Hope hatte aber bereits nach 2015 begonnen, Lager mit Kleidung und Hilfsgütern anzulegen – für die nächste Krise.

etwas, das 2015 innerhalb kürzester Zeit nicht mehr verfügbar war, aber zur Überbrückung bis zum Aufbau der Infrastruktur bei großen Flüchtlingsaufkommen äußerst wichtig ist. Etwa bis der Geschirrspülwagen der MA48 verfügbar ist. Und auch diesmal gelang es, mit Cateringbetrieben, Restaurants und Firmen Kooperationen abzuschlie-

2015 stellte Train of Hope einen Tapeziertisch in die Bahnhofshalle. Heute verfügt der Verein über große Erfahrung.

ßen, um den hohen Bedarf an Essensrationen zu sichern. Das Ankunftszentrum versorgte in den ersten Wochen täglich 1.000 bis 1.200 Menschen, denen man neben Verpflegung (auch für teils kranke Haustiere) und ärztlicher Versorgung Ruhe- und Spielplätze für Kinder sowie WLAN für den Kontakt nach Hause ermöglichte.

Versorgungskette mit Lücken

Auch wenn sich derzeit die Anzahl der Neuankömmlinge verringert hat, kommen dennoch täglich einige hundert Menschen hierher. Mitte Mai bei einem Besuch sind es drei mal so viele Wiederkehrer wie Neuankömmlinge. Dafür gibt es auch einen Grund. Andresen dazu: „Das zeigt, dass der

nächste Schritt in der Versorgung noch nicht funktioniert. Wir sind ja als Ankunftszentrum konzipiert, die zweite Station ist das Austria Center, wo die polizeiliche Registrierung und der Antrag auf Grundversorgung gestellt wird. Danach sind die Leute im Regelsystem. Was wir erleben, ist aber, dass ganz viele Menschen zu uns zurückkommen, weil sie festhängen. Entweder, weil sie noch keinen Antrag auf Grundversorgung stellen konnten, noch keinen Termin erhalten haben oder weil sie zum Beispiel in Unterkünften wohnen, in denen sie keine Meldeadresse erhalten, womit sie keine Leistungen beziehen können.“ So wird das Ankunftszentrum zum Tageszentrum, was freilich nicht so geplant war. Mittlerweile häufen sich Berichte von Frauen, etwa auch in Niederösterreich und Oberösterreich, deren Ersparnisse aufgebraucht sind und aufgrund mangelnder Betreuung wieder hilfeschend ins Ankunftszentrum zurückkehren. Hier fragen sie auch um Hygieneartikel oder Sommerkleidung an. Das alles sei eigentlich nicht die Aufgabe des Ankunftsentrums, sagt Andresen. „Aber Menschen, die nicht versorgt sind, die Hunger haben, die sonst auf der Straße betteln müssten, das ist für uns keine Option.“ Während der mittlerweile bestellte Flüchtlingsberater Michael Takacs



In der Ankunftshalle wurde an alles gedacht: Es gibt einen Bereich für Kinder und Jugendliche für Ballspiele, oder auch um etwas zu malen, vielleicht einige Erlebnisse zu verarbeiten.

betont, dass alle geflüchteten Menschen gut versorgt würden, können das NGOs nicht bestätigen. Auch drei Monate nach Kriegsbeginn wirkt noch einiges wie eine große Baustelle. Dabei sollten die Anlaufschwierigkeiten der ersten Wochen längst überwunden sein. Damals standen Frauen und Kinder teils stundenlang im eisigen Wind auf der Donauplatz vor dem Austria Center, weil das durchwegs engagierte Personal mit der Bearbeitung nicht nachkam. Es dauerte einige Zeit, bis die wichtigsten Kompetenzen geklärt waren und die Koordination der Ukraine-Flüchtlinge schließlich bei der BBU landete, der „Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen“, die vor allem als „Rückkehrberatung“ bekannt ist. Nun scheint das politische Mikado über die Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern weiterzugehen. Der niederösterreichische Landesrat Gottfried Waldhäusl (FPÖ) fiel mit dem Vorschlag auf, Asylwerber*innen aus Einrichtungen in Containerdörfer zu verbringen und dafür an den freigewordenen Orten Menschen aus der Ukraine unterzubringen. Gleichsam die „kulturfremden“ Burschen aus Afghanistan raus und die Mütter und Kinder im Sinn der europäischen „Nachbarschaftshilfe“ rein in die Quartiere. Damit bestätigte Waldhäusl

indirekt die öfters geäußerte Kritik an der Ungleichbehandlung der Geflüchteten von 2015 und heute. Tatsächlich betont die Regierung gerne, dass man den Ukraine-Flüchtlingen besonders unbürokratisch und rasch geholfen habe. Mit dem extra eingerichteten Status der „Vertriebenen“ muss kein jahrelanger Asylprozess durchlaufen wer-

Österreich setzt gerade einmal das Minimum davon um, was die EU-Richtlinie für die Vertriebenen aus der Ukraine vorschreibt.

den, die so genannte „Blaue Karte“ ermöglicht einen sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Manuela Ertl von Train of Hope sieht das etwas differenzierter: „Die Hilfe in Österreich basiert ja auf einer EU-Direktive, der ‚Massenzustrom Richtlinie‘, die es seit 2001 gibt. Nun wurde sie aktiviert und Österreich setzt

Clowns im Einsatz, um die Kinder in schwierigen Zeiten aufzumuntern.



gerade einmal das Minimum davon um, was die EU vorschreibt.“ Der Vorteil der Richtlinie für die Mitgliedstaaten sei, dass sie sich die Personalkosten und den Aufwand des Asylverfahrens ersparen. Zugleich werden die Menschen aber nicht den Asylberechtigten gleich- sondern deutlich schlechter gestellt. Ertl: „Es ist ein gravierender Unterschied, ob die Menschen in der Grundversorgung sind oder Mindestsicherung erhalten. In der Grundversorgung unterliegen sie den Grundversorgungsstandards und werden einzelnen Quartieren in den Bundesländern zugewiesen. Das heißt konkret, dass eine alleinstehende Frau mit fünf anderen Menschen in ein Zimmer zugewiesen werden kann. Zudem erhält sie deutlich weniger Geld.“ Für privat untergebrachte Personen gibt es einen Wohnzuschuss bis zu 150 Euro, dazu ein Essensgeld von 215 Euro. Das ist die gesamte finanzielle Unterstützung nach der Grundversorgung. Nach dem Asylverfahren würde eine Einzelperson hingegen die vollen Leistungen der Mindestsicherung erhalten. Ertl findet, dass sich die Politik zu Unrecht rühmt, gut und unbürokratisch zu helfen, vielmehr bewege sich die finanzielle Hilfe auf einem absoluten Minimum. Derzeit laufen erste Gespräche, welchen Status die Ukraine-Flüchtlinge mittelfristig erhalten sollen. Innenminister Gerhard Karner schlägt ein Zuverdienstmodell vor, das allerdings nur für Vertriebene aus der Ukraine gelten soll – und nicht für alle Flüchtlinge, wie NGOs fordern. Ohne Sprachkompetenzen und Kinderbetreuung ist das ohnehin ein schwieriges Thema. Es braucht einen Plan für die mittlerweile 52.000 Menschen, die sich in der Grundversorgung befinden, für die 72.000, die bislang registriert wurden, und für alle, die noch kommen.

www.trainofhope.at

Spendenkonto Train of Hope

IBAN AT212011182751297500

www.facebook.com/trainofhope.wien/

UNGLEICHHEIT

Der weibliche Unruhestand

Das Pensionsantrittsalter von Frauen wird ab 2024 dem der Männer schrittweise angeglichen. Knapp die Hälfte der Frauen schafft es jedoch aktuell bereits nicht, direkt aus dem Berufsleben in die Pension überzutreten.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER
ILLUSTRATION: EVA VASARI

Es ist beängstigend“, erzählt Patricia Orlando am Telefon. Sie ist Elementarpädagogin in einer elternverwalteten Kindergruppe in Wien, 51 Jahre alt, und arbeitet seit bald 30 Jahren mit Kindern zwischen zwei und sechs Jahren, „mit viel Einsatz und Engagement“. In ihrem gleichaltrigen Umfeld beobachtete sie in den vergangenen Jahren immer mehr Stundenkürzungen, vereinzelt auch Kündigungen. Orlando macht sich Sorgen: um ihren Arbeitsplatz, um drohende Arbeitslosigkeit mit zunehmendem Alter, um zu wenig Geld

„Wenn ich wüsste, ich könnte mit 60 Jahren in Pension gehen, wären meine Sorgen kleiner.“
Patricia Orlando

auf dem Pensionskonto. Knapp 15 Jahre fehlen ihr noch, dann kann sie ihre Pension antreten. „Wenn ich wüsste, ich könnte mit 60 Jahren in Pension gehen, wären meine Sorgen kleiner“, sagt sie. 2024 wird das Pensionsantrittsalter von Frauen – derzeit 60 Jahre – schrittweise dem der Männer angeglichen. Ab 2033 gilt dann für Frauen wie für Männer das Regelpensionsalter von 65 Jahren. In Europa ist Österreich eines der Schlusslichter, was die Angleichung des Antrittsalters betrifft. Doch was bedeutet diese formalrechtliche Gleichstellung für



Frauen hierzulande? Frauen bekommen aktuell im Durchschnitt über 40 Prozent weniger Pension als Männer und sind öfter von Altersarmut betroffen.

Länger arbeiten, mehr Geld?

„Es wäre zynisch zu sagen, wenn Frauen fünf Jahre länger arbeiten, werden sie eine entsprechend höhere Pension bekommen“, sagt Ingrid Mairhuber, Politikwissenschaftlerin bei der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeits-

welt (FORBA). Ein höheres Eintrittsalter führe nicht automatisch zu einem längeren Verbleib am Arbeitsmarkt und in Folge zu höheren Pensionsleistungen. Fast jeder zweiten Frau gelingt es bereits heute nicht, aus einer Erwerbstätigkeit direkt in die Pension überzutreten. Das zeigt eine Studie aus dem Vorjahr, die im Auftrag der Arbeiterkammer von FORBA und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) durchgeführt wurde. Untersucht wurden der Erwerbsaustritt, der Pensionsantritt und die Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024. Laut Studie gingen nur 48,1 Prozent aller unselbstständig erwerbstätigen Frauen 2019 direkt aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis in Alterspension.

„Ich hätte nicht damit gerechnet, dass es nur knapp die Hälfte der Frauen ist“, sagt dazu Studienautorin und WIFO-Ökonomin, Christine Mayrhuber. Zudem sei überraschend, dass dieser An-

Zwischen dem Ende der Beschäftigung und dem Pensionsantritt klafft bei vielen Frauen eine Lücke mehrerer Monate bis Jahre.

teil im Untersuchungszeitraum 2010 bis 2019 sinkend war. Das heißt, es wechseln immer weniger Frauen direkt von einem Arbeitsverhältnis in den Ruhestand. Zwischen dem Ende der Beschäftigung und dem Pensionsantritt klafft eine Lücke von mehreren Monaten bis Jahren. Rund 20 Prozent konnten in den zehn Jahren vor Pensionsantritt gar keine Beschäftigung aufweisen.

Mehrfachbelastungen

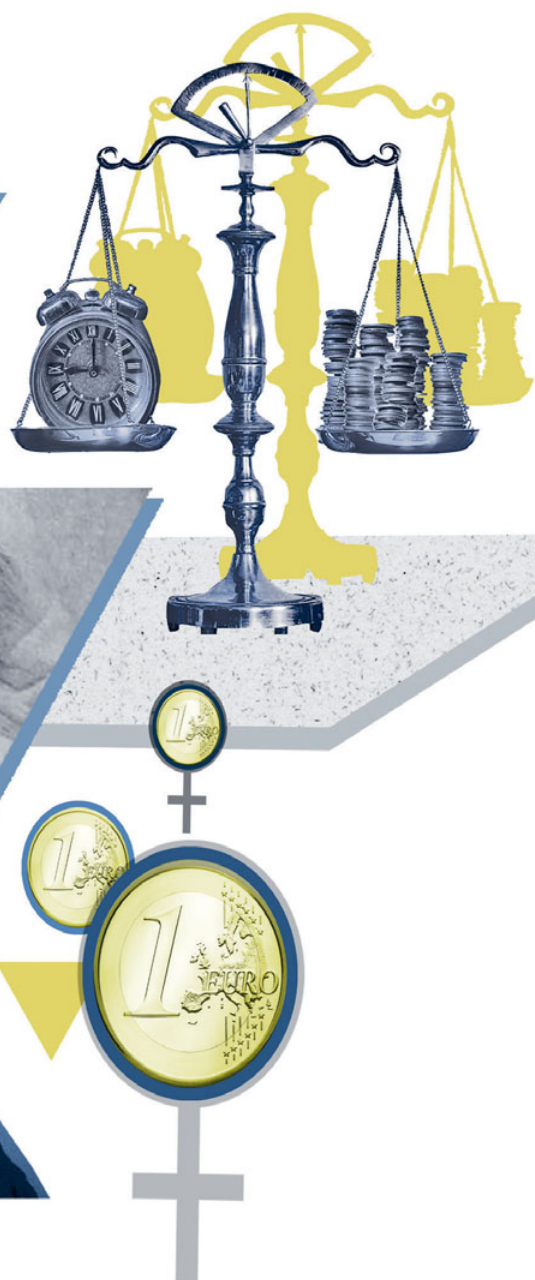
Die Gründe sind vielschichtig: Viele Frauen haben durch Kinderbetreuung oder Angehörigenpflege einen unsteinen Erwerbsverlauf, der es erschwert, mit zunehmendem Alter eine Arbeit zu finden. Hinzu kommen in Branchen, in denen Frauen oft arbeiten, stark belas-

tende Bedingungen, die die Arbeitsfähigkeit im Alter zunehmend minimieren. „Die Frauen sind zum Teil komplett ausgepowert“, sagt Ingrid Mairhuber, die im Rahmen der AK-Studie Interviews mit erwerbslosen Frauen aus den Bereichen Handel, Gebäudereinigung sowie mobile Betreuung und Pflege geführt hat. „Bei Frauen kommt hinzu, dass sie eine jahrzehntelange Doppel- oder Mehrfachbelastung durch Job und Familie haben und dadurch oftmals im Alter noch weniger fit sind.“

Auch Patrizia Orlando weiß von Kolleginnen aus der Elementarpädagogik zu berichten, die krankheitsbedingt ausgestiegen oder ins Burnout geraten sind. Mitte März initiierte sie mit der Obfrau der elternverwalteten Kindergruppen, Anna Maria Beitel, die Online-Petition „Altersarmut von Kindergruppenbetreuer*innen und Elementarpädagog*innen verhindern!“. Damit soll auf die finanzielle Lage elementarpädagogischer Bildungseinrichtungen und deren Mitarbeiter*innen aufmerksam gemacht werden. „Meine große Sorge ist, dass ich in eine Spirale hineingerate, wo ich einfach keine Arbeit mehr bekomme“, erzählt Orlando. „Mit dem Arbeitslosengeld könnte ich mir mein Leben nicht leisten. Der Großteil meines Gehalts fließt jetzt schon in die Miete und andere anfallige Zahlungen.“

Weibliche Altersarmut

Laut Statistik Austria erhalten Frauen im Durchschnitt eine Alterspension von 1.167 Euro brutto monatlich, Männer hingegen 2.022 Euro. Der sogenannte Gender-Pension-Gap entsteht neben Kinderbetreuung, Pflege und Teilzeitarbeit auch dadurch, dass Frauen oftmals ungleich bezahlt werden, dass Männer länger im aktiven Erwerbsleben stehen sowie auch durch die Berufswahl, wenn Frauen in „klassischen“ Branchen wie Handel oder Soziales arbeiten, die schlechter bezahlt sind.





WIFO-Ökonomin C. Mayrhuber: erhob, wieviele Frauen direkt in den Ruhestand wechseln.



Patrizia Orlando: initiierte Online-Petition gegen Altersarmut bei Elementarpädagog*innen.



Ingrid Mairhuber von FORBA rät Frauen, sich bezüglich Pension gut zu informieren.

Die Schieflage spiegelt sich auch in der Altersarmut wider, die in Österreich überwiegend weiblich ist. Im Jahr 2021 war die armutsgefährdete Gruppe über 65 Jahren mit 146.000 Frauen im Vergleich zu 64.000 Männern mehr als doppelt so groß. Ingrid Mairhuber befürchtet durch die Anhebung des Eintrittsalters einen weiteren Anstieg an weiblicher Altersarmut: „Es wird für viele Frauen sehr schwierig, mit über 60 am Arbeitsmarkt zu bleiben. Entweder sind sie gesundheitlich so eingeschränkt, dass sie nicht mehr arbeiten können und wollen, oder sie haben ohnedies keinen Job mehr.“

Damit die steigende Altersgrenze für Frauen nicht mit einer Verlängerung ihrer Erwerbslücke und folglich noch niedrigeren Pensionen einhergeht, sind laut den Expertinnen auch die Betriebe gefragt, es Menschen zu ermöglichen, bis zum Pensionsantritt in Beschäftigung zu bleiben. WIFO-Ökonomin Christine Mayrhuber nennt als mögliches Modell die Niederlande. Wenn Arbeitnehmer*innen dort krankheitsbedingt 40 Tage fehlen, muss ein zweijähriger Reintegrationsplan festgelegt werden. Wenn die Reintegration in diesem Zeitraum nicht gelingt, muss der Betrieb in diesem Zeitraum die Invaliditätspension übernehmen. „Auf diese Weise sind Betriebe angehalten, Mitarbeiter*innen in den Arbeitspro-

zess zu integrieren, auch wenn sie nicht mehr zu 100 Prozent arbeitsfähig sind. Für Betriebe ist eine 80 Prozent-Leistung betriebswirtschaftlich günstiger als Invaliditätspension zu zahlen“, erklärt Mayrhuber. Ähnliche Vorgaben gebe es auch in der Schweiz, in Schweden und Finnland. In Österreich habe sich aber eingebürgert: Alles oder nichts, entweder voll leistungsfähig oder gar nicht.

„Es wird für viele Frauen sehr schwierig, mit über 60 Jahren am Arbeitsmarkt zu bleiben.“
Ingrid Mairhuber

Zwei Seiten einer Medaille

In den letzten Jahrzehnten sind auch sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse – Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigungen sowie Zeitarbeitsverhältnisse –, in denen besonders Frauen erwerbstätig sind, angestiegen. Laut Ökonomin Mayrhuber hat die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen – auch in atypischen Beschäftigungsverhältnissen – dazu geführt, dass mehr und mehr Frauen eine Pensionsleistung haben. Rund 90 Prozent der über 65-jährigen Frauen erhalten regelmäßige Pensionsleistungen. Allerdings sind diese Pensionen sehr gering, so die Ökonomin. „Es sind zwei Seiten einer Medaille. Einerseits bedeuten geringe Erwerbseinkommen geringe Frauenpen-

sionen, andererseits gibt es dennoch ein gewisses Maß an ökonomischer Selbstständigkeit durch eine eigene Pension.“ Ingrid Mairhuber von FORBA rät Frauen, sich gut zu informieren: „Das Pensionssystem ist grundsätzlich schon von Männern für Männer gemacht, aber es gibt positive Stellschrauben, an denen Frauen drehen können, wenn sie diese kennen.“ Dazu zählen u.a. die Selbst- und Weiterversicherung bei Pflege von Angehörigen, die Höherversicherung oder auch Zuschläge, wenn man über das Eintrittsalter hinaus arbeitet. Mairhuber hatte Frauen interviewt, die ihr berichteten, dass sie in Pension gegangen sind und dann im gleichen Job weiter gearbeitet haben, weil die Pension so gering war. „Das ist absurd, denn sie würden für jedes Jahr, das sie länger arbeiten, 4,2 Prozent Zuschlag zu ihrer späteren Pension bekommen“, ergänzt Mairhuber.

Patrizia Orlando kann sich derzeit nicht vorstellen über das Pensionsantrittsalter hinaus zu arbeiten. Der Gedanke einer Umschulung beschäftigt sie umso mehr. Weniger Belastung, mehr Gehalt, mehr Jobsicherheiten. Bis jetzt hat sie den Schritt noch nicht unternommen: „Ich bin fit, ich arbeite irrsinnig gerne mit Kindern, ich bringe viel Erfahrung mit und wüsste nicht, wozu ich mich umschulen lassen sollte. Noch bleibe ich dabei“, meint die Pädagogin.

STAATENLOS

„Zu sagen, ich bin Österreicherin, hat sich immer illegal angefühlt.“

Trinh Nguyen wurde in Österreich geboren und lebt seither hier. Weil ihre Eltern „staatenlos“ sind, wurde sie ihr Leben lang als „Ausländerin“ behandelt – ohne Pass, ohne damit verbundene Rechte. Zur Lage staatenloser Menschen in Österreich.

TEXT: SOPHIA REITERER
ILLUSTRATION: DIANA BOBB

Zweiter Schultag in der Klasse 6C. Die Lehrperson verkündet: „Dieses Jahr planen wir eine Klassenfahrt nach Barcelona!“ Leuchtende Augen, erste Pläne werden geschmiedet. Trinh Nguyen freut sich auch. Aber sie weiß, dass es für sie einen Mehraufwand bedeuten wird, mit ihren Klassenkolleg*innen mit nach Barcelona zu fliegen. Sie kennt das Prozedere bereits: Bei der Spanischen Botschaft anrufen, abklären, ob sie ein Visum braucht; Zeit aufwenden, um dann bei der Einreise zu zittern, ob sie herausgefischt wird, ob ihr grauer Pass in Ordnung ist oder ob sie mal wieder gesondert behandelt wird. Trinh Nguyen ist in Österreich geboren. Trotzdem hatte sie bis vor kurzem keine österreichische Staatsbürgerschaft. Den grauen Konventionspass musste sie alle zwei Jahre verlängern lassen, immer im Bewusstsein darüber, dass Österreich sie jederzeit ausweisen kann. Trinh könnte nicht von sich behaupten, Vietnamesin zu sein. Aber als Österreicherin galt sie auch nicht. Absurd? Ja, weil sie als staatenloses Kind in Salzburg geboren wurde.

Was ist Staatenlosigkeit?

In Österreich leben laut Statistik Austria derzeit in etwa 18.900 Menschen, die keine Staatsbürgerschaft besitzen. Diese Schätzung kann aber deutlich von der tatsächlichen Zahl abweichen, weil es



Für staatenlose Menschen kann schon eine Reise zum Problem werden.

kein einheitliches Feststellungsverfahren für staatenlose Personen in Österreich gibt. Welche Herausforderungen bringt Staatenlosigkeit mit sich? Was bedeutet „staatenlos“ überhaupt?

Der hauptsächliche Grund für Staatenlosigkeit ist, dass Eltern ohne Staatsangehörigkeit den Status an ihre Kinder vererben, etwa staatenlose Palästinenser*innen, Kurd*innen oder Angehörige der Bidoon in Saudi-Arabien oder der Rohingya in Myanmar. Dass jemand die Staatsangehörigkeit verliert, kann unterschiedliche Ursachen haben. Leonhard Call vom European Network on Statelessness kennt verschiedene Gründe für einen Verlust der Staatsangehörigkeit: „Das Zerfallen eines Staates, geziel-

ter*innen, Kurd*innen oder Angehörige der Bidoon in Saudi-Arabien oder der Rohingya in Myanmar. Dass jemand die Staatsangehörigkeit verliert, kann unterschiedliche Ursachen haben. Leonhard Call vom European Network on Statelessness kennt verschiedene Gründe für einen Verlust der Staatsangehörigkeit: „Das Zerfallen eines Staates, geziel-

te Ausbürgerung von Personengruppen oder auch bewusst frauendiskriminierende Gesetze können dazu führen, dass Menschen in die Lage geraten, staatenlos zu sein.“ Doch was bedeutet „staatenlos“ überhaupt? Bereits bei der Definition zeigt sich, wie schwierig es ist, Staatenlosigkeit zu (er)klären. „Staatenlos zu sein, heißt, etwas beweisen zu müssen, das es nicht gibt“, fasst der Kultur- und Sozialanthropologe und Jurist Leonhard Call das grundlegende Problem zusammen. Betroffene müssen beweisen, dass kein Staat der Welt sie als Staatsangehörige ansieht. Weil es unmöglich ist, einen Nachweis über die nicht-existente Staatsbürgerschaft von allen Staaten der Welt zu erbringen, wird diese Bestätigung nur von Ländern verlangt, zu denen eine Beziehung besteht. Erst dann kann im Aufenthaltsland eine Staatsbürgerschaft beantragt werden. Eine Beziehung zu einem Land besteht zum Beispiel dann, wenn die Eltern der Betroffenen in dem Land geboren wurden. Im Fall von Trinh Nguyen ist das Vietnam. Beide Eltern sind in Vietnam geboren, unabhängig voneinander nach Österreich geflohen und haben sich hier kennengelernt. „Ich habe bis heute nicht ganz verstanden, wie meinen Eltern die Staatsbürgerschaft abhandengekommen ist“, meint Nguyen. Nguyens Eltern haben aufgrund mangelnder Aufklärung nicht gleich einen österreichischen Pass beantragt. Sobald die Kinder dann auf die Welt kamen, hat sich das als Problem herausgestellt. In unterschiedlichen Ämtern waren unterschiedliche Informationen eingetragen. So war Trinh Nguyen auf dem Papier schon vietnamesische Staatsbürgerin, dann war sie staatenlos oder ihre Staatsangehörigkeit war unbekannt. Mittlerweile ist sie österreichische Staatsbürgerin. Aber der Weg dahin war nicht nur steinig, sondern führte mehrere Male im Kreis.

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Staatsbürgerschaft

„Jeder Mensch hat das Recht auf eine Staatsbürgerschaft“, stellt Leonhard



Trinh Nguyen: in Österreich geboren und aufgewachsen. Trotzdem lange „staatenlos“.

Call klar. Als zentrale Referenzperson für diese Aussage nennt er Hannah Arendt. Sie hat sich dafür stark gemacht, dass ein Recht auf eine Staatsangehörigkeit in die allgemeine Erklärung der Menschenrechte mit aufgenommen wird. Menschenrechte sind ohne eine politische Gemeinschaft nämlich weniger wert. Die Staatsbürgerschaft ist Call zufolge „das Zutrittsticket zu politischer Mitbestimmung und der beste Zugang zu Leistungen des alltäglichen Lebens.“

Mittlerweile hat Trinh Nguyen die österreichische Staatsbürgerschaft. Aber der Weg dorthin führte mehrmals im Kreis.

Für Trinh Nguyen ist die österreichische Staatsbürgerschaft die Garantie, in diesem Land bleiben zu können. Zudem erlaubt ihr die Staatsbürgerschaft, wieder dahin zu reisen, wohin sie möchte. Auf ihrem grauen Konventionspass war vermerkt, dass dieser in Vietnam nicht gültig sei. Eine Einreise nach Vietnam war daher für Nguyen ausgeschlossen. Die Frage „Warst du schon einmal in Vietnam, da wo deine Eltern herkommen?“ musste sie bisher immer mit „Nein, ich darf nicht.“ beantworten. Auch kann sie jetzt legal behaupten, Österreicherin zu sein. „Das hat

sich sonst immer irgendwie illegal angefühlt“, meint sie dazu. Dass ihre Eltern und einige ihrer Brüder immer noch staatenlos sind, hinterlässt ein mulmiges Gefühl. An Staatenlosigkeit ist per se kein Aufenthaltsrecht gebunden.

Erleichterter Zugang zur Staatsbürgerschaft

In Österreich haben staatenlose Menschen im Zeitraum ihres 18. bis zum 21. Geburtstag einen erleichterten Zugang zur Staatsbürgerschaft. Die Voraussetzungen dafür sind: zehn Jahre lang den Hauptwohnsitz in Österreich gehabt zu haben; vor dem Antrag muss man fünf Jahre durchgehend in Österreich gelebt haben. Anders als bei den üblichen Staatsbürgerschaftsverfahren sparen sich die von Staatenlosigkeit Betroffenen wenigstens den Nachweis einer bestimmten Einkommenshöhe, über Deutschkenntnisse und auch die Geschichte und Kultur Österreichs wird nicht abgeprüft. Leonhard Call betont, dass dieser „erleichterte“ Zugang nur die „Minimalvariante“ nach den internationalen Bestimmungen ist, zu denen sich Österreich verpflichtet hat. Der mindestens vorgeschriebene Antragszeitraum wurde erst im März 2022 auf drei statt wie bisher zwei Jahre verlängert. In anderen Staaten ist der Zugang zur Staatsbürgerschaft laut Call wesentlich einfacher. Alle Nachbarstaaten Österreichs bürgern staatenlose Kinder, die im Land geboren sind, automatisch ein oder auf Antrag fünf Jahre nach der Geburt.

Einheitliche Feststellung, wer staatenlos ist

In Frankreich gibt es dafür sogar eine eigene Behörde, die die Menschen bei rechtlichen und praktischen Fragen berät. Für Call ist das vorbildhaft: „Jegliche Verbesserung in dem Bereich ist eine Win-Win Situation, sowohl für Betroffene als auch für den Staat selbst.“ Er hält es für absolut sinnwidrig, so wie in Österreich keine einheitlichen Regeln zu haben. Praktisch bedeute das mehr Aufwand für die Behörden, während die

Betroffenen mit einer beängstigenden Anzahl an Formularen und Zugangsvoraussetzungen allein gelassen werden. „Wäre das Verfahren einheitlich, würde sich die Zahl der Staatenlosen und Menschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit ziemlich sicher mit einem Schlag minimieren. Aber das ist eine politische Entscheidung“, schließt Call den Appell ab.

„Zu viel Zeit und zu viele Nerven“

Von einem einfachen Verfahren oder gar einer zentralen Behörde konnte Nguyen nur träumen. Insgesamt dauerte es dreieinhalb Jahre, „zu viel Zeit und zu viele Nerven“ bis sie ihren grauen Konventionspass endlich durch einen österreichischen Pass austauschen konnte. Mitverantwortlich waren die verwirrende Datenlage, fehlende Informationen und die schlechte Erreichbarkeit ihrer Sachbearbeiterin. Unzählige Stunden gingen dafür drauf, Formulare zu beantragen und irgendetwas nachzuweisen. Am Ende kostete die Staatsbürgerschaft Nguyen nicht nur Zeit, sondern auch Geld: stolze 2.033 Euro ließ sich die Republik für das Dokument einer Frau bezahlen, die in Österreich geboren ist und nie woanders gelebt hat. Zusammen mit Wien-Reisen, bei denen ihre Mutter als Übersetzerin für die Korrespondenz bei der vietnamesischen Botschaft dabei sein musste, mit Kosten für Formulare, Übersetzungen und Nachweise, für Passfotos, den Reisepass und den Staatsbürgerschafts-Nachweis kommt Nguyen sogar auf Ausgaben von 2.600 Euro. Als Trinh Nguyen 2018 den ersten Antrag einreichte, war sie 20 Jahre alt und hätte vom erleichterten Zugang profitieren können. Damals wurde ihr die Staatsbürgerschaft aufgrund eines „nicht gesicherten Lebensunterhaltes“ nach langer Bearbeitungszeit im September 2019 nicht zuerkannt. Dass es einen erleichterten Zugang gegeben hätte, hat ihr niemand gesagt. Leonhard Call zufolge ist dieser erleichterte Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft ohnehin eine rein symboli-



„Jeder Mensch hat das Recht auf eine Staatsbürgerschaft.“ Leonhard Call

sche Bestimmung. „Seit der Einführung 1989 wurde dieser erleichterte Zugang nur einmal angewendet“, weiß Call. Somit sei auch der von vielen befürchtete Pull-Faktor widerlegt. Ihren Weg ist zumindest Trinh Nguyen trotzdem gegangen. Sie hat ihren Bachelor-Abschluss in Pädagogik bereits in der Tasche. Begleitend zum Studium begann sie, als Jugend- und Freizeitpädagogin zu arbeiten. Demnächst wird Nguyen ihr Masterstudium und somit

In Frankreich gibt es eine eigene Behörde, die staatenlose Menschen berät. Für Leonhard Call ist das vorbildhaft.

ihre Ausbildung als Sozialarbeiterin abschließen. Das Bachelorstudium hat sie als staatenlose ‚Auslandsstudentin‘ angefangen und ihr Masterstudium wird sie als österreichische, ordentliche Studentin beenden. Und das, obwohl sie von Beginn ihres Studiums an schon hier gewohnt, gearbeitet und studiert hat. Nur auf dem Papier haben sich ein paar Buchstaben verändert. Mit einer solch großen Wirkung.

Sophia Reiterer arbeitet als Kommunikationswissenschaftlerin in Salzburg. Sie forscht u.a. zu sozialer Ungleichheit, Klima und Medien.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann (Illustrationen),
Eva Vasari (Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Maria
Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Nour Khelifi, Nadja Lorenz, Beverly
Mtui, Aaron Münch, Milena Österreicher, Alexander
Pollak, Antonia Reissner, Teresa Reiter, Sophia Reiterer,
Martin Schenk, Sandra Schmidhofer, Philipp Sonderegger,
Robert Temel, Peter K. Wagner, Vina Yun

COVERBILD: P.M. Hoffmann

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Ute Meißnitzer,
ute.meissnitzer@sosmitmensch.at
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Sonja Kittel, abo@momagazin.at
Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 45.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den Urheber*innen.
Falls kein/e Urheber*in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.

ERINNERUNG

Am liebsten hab ich gehabt, wenn er sich versungen hat

Ein viel zu langer Text über meinen Lieblingsphilosophen Willi Resetarits und die Grundsätze des Willi-ismus, die es nun – mehr denn je – gelassen, aber sorgfältig anzuwenden gilt.

TEXT: TERESA REITER

Das erste Mal, als ich den Willi gesehen hab, war ich noch ein Kind. Es war das Abschlussfest der Dreharbeiten zum Film „Blutrausch“ 1996 oder 1997, auf das mich meine Mama mitgenommen hat. Ich sah ihn, weil ich noch nicht so groß war, von schräg rechts unten, das weiß ich noch genau. Alle haben ihn sehr herzlich begrüßt und ich erinnere mich, gedacht zu haben: Das muss ein sehr netter Typ sein, wenn den alle so gerne haben.

Erst viele Jahre später, als schon Erwachsene, entdeckte ich dann seine Musik für mich und noch mehr, seine Bedeutung für die unteren Gesellschaftsschichten. Wer aus einfachen Verhältnissen stammt, kennt bestimmt die Vielzahl an verzwickten Situationen, in denen man sich wiederfinden kann, wenn man nicht mit Geld aufgewachsen ist, sogar wenn einem der „soziale Aufstieg“, gelingt. Man kennt die Vokabel nicht, mit denen andere um sich werfen, man war im Urlaub nie weiter weg als Rimini. Man rennt sein ganzes Leben lang vor der Armut davon und vor allem was dazu gehört: vor Sorgen und Krankheit, der Herablassung anderer Menschen und dem Gefühl, dass



Willi Resetarits, im Einsatz für eine Kampagne von SOS Mitmensch, deren Mitbegründer er war.

man nie auch nur den kleinsten Fehler machen darf und doppelt so viel leisten muss, weil man immer strenger beurteilt wird. Das ist wahnsinnig anstrengend.

„I hob wos vergessn, i waß nur ned wos“

Deshalb hab ich immer am liebsten gehabt, wenn Willi Resetarits sich auf der Bühne versungen hat und wie fröhlich er damit umging. Es war ihm nicht peinlich, er versuchte nicht, über Fehler hinwegzustäuschen und wenn doch, dann so schalkhaft, dass der Fehler zum

eigentlichen Kunstwerk im Lied wurde. Bei einem Konzert mit Ernst Molden in der Sargfabrik 2021 treibt er diese Praxis auf die Spitze. Er findet nicht ins Lied hinein. Als Molden ihn fragend anschaut, sagt der Willi: „I hob wos vergessn, i waß nur ned wos!“ Das Publikum lacht. Die nächsten fünf Minuten passiert es ihm immer wieder. Mitten im Lied kommt ihm der Text abhandeln, beim nächsten Lied ist sein Instrument falsch gestimmt und er kämpft ein bisschen damit, bis Molden anbietet, es für ihn zu stimmen. „Wos fia a

Tonoart mochma?“, fragt er und ordnet Molden an „des no amoi urndlich“ zu singen. „Dua des festschraum do und daunn no amoi“ oder so sagt er. Molden gehorcht, obwohl er meint, keiner hätte das gemerkt. „I brauchat wen, der ma imma sogt, wos i mochn soi“, sagt Willi schließlich, während er noch mit dem Instrument kämpft und erzählt von einem Schild, das er zu Hause hat, auf dem steht: „Erst die Hose, dann die Schuhe.“ Mit jedem Lacher liebt ihn das Publikum mehr und ich kann mir keine schönere Version des Liedes mehr vorstellen, als jene dreimal verkehrte, die ich damals von den beiden in der Sargfabrik gehört habe

Bei einem anderen Gig im Konzertsaal musste er zwischendurch aufs Klo und moderierte das charmantest an. Keinem war irgendwas peinlich, alle warteten gerne auf ihn. Manchmal muss man halt aufs Klo, wenns grad unpraktisch ist. Aber was will man denn dann Anderes machen, als einfach zu gehen? Beim Abend zum 100. Geburtstag von H.C. Artmann hatte er seine Brille vergessen und las deshalb „schlecht“, wie er sagte und baute die Brillenlosigkeit in seine Darbietung ein. Zu seinem 70er trat er zwei Tage lang mit allen Bands, mit denen er je gespielt hatte, in der Stadthalle auf, obwohl er schwer verkühlt war. Man hatte ihm deshalb eine Art Schnupfenbar gebaut. Auf einem Stehtischerl standen Hustensaft, Nasenspray, Taschentücher und ein Spritzer. Dort pausierte er zwischendurch, sprühte sich frontal vor dem Publikum plaudernd den Spray in die Nase und erzählte von seinem Schnupfen.

Selbstoptimierung und inszeniertes Plastikleben, blinder Ehrgeiz und Konkurrenzkampf hat viele von uns zu Hochstaplern gemacht, die ständig fürchten, demaskiert zu werden. Oft begegnet mir jemand im Berufsleben, der Angst hat, sich zu blamieren oder dass irgendetwas in einem Meeting peinlich ist. Viele fürchten, unpro-



Mit jedem Lacher liebte ihn das Publikum mehr.

fessionell zu wirken, wenn sie einfach normal mit den Menschen reden. Sie versuchen, ihr Unwissen und ihre Fehler zu vertuschen. Weil wir halt nicht alle so gescheit sind wie der Willi. Man darf sich trauen, echt zu sein. Von ihm habe ich gelernt, dass man – auch vermeintlich höher gestellten Leuten – am besten mit offenem Herzen, Humor

**Weil wir halt alle nicht so gescheit sind wie der Willi.
Man darf sich trauen,
echt zu sein.**

und Aufrichtigkeit gegenübertritt. Was soll einem denn passieren? Mehr, als zu versuchen, möglichst angenehme Zeitgenossen füreinander zu sein, können wir alle nicht tun. Das ist für mich die erste Regel des Willi-ismus (das ist was anderes als Kurtologie). In seinen Worten: „Du kannst mit deinem Unbewussten – des vü waß – ned wirklich Zwiegesprache halten. Aber du kannst Sochn passiern lossn. Oder wie der Ostbahn Kurtl gsogt hot: Du kannst der Stimme deines Herzens folgen. Daunn passiern scho die gscheitn Sochn.“

ZUR PERSON

Willi Resetarits, geboren 1948 in Stinatz als Kind einer burgenlandkroatischen Familie, war Mitbegründer von SOS Mitmensch, Asyl in Not und dem Integrationshaus Wien, das zum Zeichen gegen eine Flüchtlingsversorgung in Massenquartieren wurde. Er starb völlig überraschend am 24. April 2022.

Sagen, was gesagt gehört

Wie mit nur wenig anderen fühlte ich mich auch dadurch mit ihm verbunden, dass er stets anzusprechen wusste, was mir selbst gerade Sorgen machte. Dazu gehören seine Bemühungen im Rahmen des Projekts Integrationshaus, sein ungebrochener Antifaschismus, den es immer noch braucht, wie der rechtsradikale Angriff auf das Ute Bock Haus ausgerechnet am Tag seines Todes beweist.

Er war sich nie zu gut, vor den Gefahren von Fremdenhass und Krieg zu warnen und tat das immer in einem Tonfall des Mitgefühls und der Liebe für die Welt. Bei einem wundervollen Konzert in der Müllverbrennungsanlage Spittelau vor einigen Jahren, als die schwarz-blaue Regierung noch an der Macht war und Strache gerade wieder irgendeinen Unfrieden stiftete, sprach er den Jugoslawienkrieg an. Das sei „no goa ned so laung hea“ und man dürfe nicht vergessen, wie leicht der Frieden einem verlorengehen kann. Jedes Mal wieder war ich dankbar und beeindruckt davon, wie er das machte. Andere wären vielleicht davor zurückgeschreckt, um nicht „die Stimmung zu ruinieren“.

Ernst Molden stellte Willi Resetarits auf der Bühne stets als „Österreichs einzigen echten Superstar“ vor und das war auch angemessen. Ich merke es daran, dass mir kein anderer Österreicher einfällt, von dem ich so ein Fangirl bin. Als ich einmal auf den Stufen des Hintereingangs zum Konzerthaus saß und auf den Beginn der Musik wartete, querte der Superstar die Straße und kam auf

uns zu. Durch den Beruf meiner Mutter war ich an (in Österreich) berühmte Menschen gewöhnt und hatte gelernt, sie zu behandeln wie alle anderen und ihnen nicht am Orsch zu gehen. Das war der einzige Moment in meinem Leben, in dem ich aufsprang und rief „Guten Tag, Herr Resetarits. Dürfte ich ein Foto mit Ihnen machen?“

Andere träumen von neuen Autos, großer Karriere, Reichtum. Meine großen Träume sahen anders aus: Ich werd' einfach so lang auf seinen Konzerten herumerschleichen und zeichnen, bis irgendwann mich fragt, ob ich das nächste Album-Cover designen will. Dann – so hatte ich vor – würde ich mit einer übertriebenen Geste auf mich selbst zeigen und gespielt bescheiden sagen: „Wer, iiiiiich?“, als hätte ich das nicht schon die ganze Zeit geplant gehabt.

Österreichs einzig echter Superstar

Ich wählte auch gut aus, mit wem ich den Willi teilte. Ganz selten spielte ich einem Mann, einem Gspusi etwas von ihm vor, und wenn der nicht sofort verstanden hat, welch monumentale Werke er da hörte, wusste ich sofort: Den heirate ich nicht!

Einmal schenkte ich einem mir sehr wichtigen Menschen eine Karte für ein Molden/Resetarits/Soyka/Wirth-Konzert im Konzerthaus. Zu dem Zeitpunkt dachte ich noch, wir würden für immer zumindest irgendwas für einander sein. Tatsächlich tat sich der erste Riss in unserer Beziehung noch knapp vor dem Konzert auf. Ich hätte nicht so blöd sein sollen, ihn mitzunehmen. Wenn er dann auch noch etwas nicht ausreichend Begeistertes gesagt hätte nach dem Konzert ... Doch er lauschte ehrfürchtig und sagte am Ende: „Danke, dass du mich mitgenommen hast.“ Und ich glaube, er hat das sogar ehrlich gemeint. Man merke, wie sehr der Molden und der Resetarits einander lieben, sagte er.

Diese große Freundschaft zwischen den Menschen, die meine Lieblingsmusik machen, ist die zweite wichtige Grundlage des Willi-ismus. Bei jedem Konzert



Protest gegen Abschiebungen nach Afghanistan mit Willi Resetarits. (Initiative #SicherSein)

dachte ich: Die würden wahrscheinlich genauso da sitzen und miteinander spielen, wenn wir alle nicht da wären.

Beim Konzert in der Stadthalle saß ich so günstig, dass ich sehen konnte, wie Ernst Molden sich einen Sessel in den Seiteneingang der Bühne gestellt hatte und sein Idol beobachtend seinen eigenen großen Fanmoment hatte. Wenn Molden von Willi Resetarits spricht und seiner Fähigkeit, selbst im relativ hohen Alter noch neue Instrumente zu lernen, leuchten seine Augen. Er nennt ihn den „George Benson der Wiener Ukulelenlandschaft“ und den „Jaco Pastorius der Ukulelenbasslandschaft“. Auf so einem Konzert war man niemals einsam, niemals traurig und nichts tat einem mehr weh. Rundherum saßen ausschließlich Leute, die dem Aussehen nach gute Freunde meiner Eltern sein konnten. Mit 300 Leuten, die nicht fremd sind, aber deren Namen man nicht kennt, in der Sargfabrik im Finstern sitzend „Awarakadawara“ zu singen ist ziemlich super. Dann sagt Ernst Molden: „Öha, do woggelt a Scheinweafa“ und Resetarits antwortet: „Der wü amoi a Stroboskop wern, owa er übt no.“

Vom ewechn Lem

„Ich bin wahnsinnig zufrieden, möchte aber nichts als selbstverständlich oder wie man sagt ‚for granted‘ nehmen. Des derf ma nie aus die Augn verliern. Deswegn wiederhol ich sehr oft, dass i a Glück hob. Weil das is ja ned selbstverständlich. Und so lebt sa si super. Ma

hot so vü Grund, sie zu gfreien und wenn ma den Dreh heraußen hot, dass ma die Dankbarkeit einebringt, lebt sa si no vü leiwander.“ (Willi Resetarits in „Vom ewechn Lem“, 2020)

Im Film „Vom ewechn Lem“ sitzt er bei dieser tiefgründigen Lebensweisheit mit Spritzerglas im Grünen. Dann sagt er: „Können wir bitte einen Zwischenschnitt auf das Huhn machen“ und die Kamera richtet sich auf einige gackernde Hühner ein paar Meter entfernt.

Am Sonntag den 24. April 2022 halte ich am Sofa ein Mittagsschlaferl und wache von lautem Donnern überm Dampfschiffhaufen in Donaustadt auf. „Die Engerln tan Kegel schiabr“, hätte die Oma gesagt. 57 Engeln haben jetzt frei. Für mehr als sieben Jahrzehnte haben sie auf einen der größten Musiker – aber vor allem Menschen – aufgepasst. Dann waren sie alle am Flüchtlingsball und sind danach nur kurz, aber leider alle gleichzeitig eingeschlafen. Und so ist es passiert, dass der Willi jetzt mit ihnen kegelt und wir hier unten mit einer großen Aufgabe überbleiben: Wir müssen ihn nach Kräften und so würdig wie möglich vertreten. Vertreten und nicht ersetzen wohlgermerkt. „Man soll ruhig merken, dass er fehlt“, hat er selbst bei seinem 70er über Günter Brödl gesagt, der damals nicht mehr mitspielen konnte.

Man soll auch merken, dass Willi Resetarits uns fehlt.

Seiner Biografie „Ich lebe gerne, sonst wäre ich tot“ stellt er einen Auszug aus Jura Soyfers „Sturmzeit“ voran, der hier am Ende stehen soll:

Der Weg ist weit und fern die Rast, und Müdigkeit hat dich erfasst. Du willst die Augen schliessen. Und dennoch, schliess die Augen nicht, dem Sturme blick ins Angesicht, denn du sollst alles wissen.

Teresa Reiter arbeitet als Policy Advisor im Bereich Europa- und Sicherheitspolitik.

Der Text erscheint mit freundlicher Genehmigung als Nachdruck des Blogs www.teresareiter.com/blog

SOLIDARITÄT

Edles Metall, prekäre Lieferkette

Was hat technologischer Fortschritt mit der Missachtung von Menschenrechten zu tun? Ein Blick auf die Lieferkette des Edelmetalls Platin gibt Antworten auf diese Frage. Ein Projekt in Wien sucht nach Gegenstrategien.

TEXT: SANDRA SCHMIDLEITNER



Demonstration zur Bergbaukonferenz „Mining Indaba“ in Kapstadt, 5. bis 7.2.2018

Platin – ein Edelmetall, mit dem wir tagtäglich in Berührung kommen. Es ist Bestandteil von Smartphones, Ohrringen, Katalysatoren oder Herzschrittmachern. Auch für die angestrebte Energiewende ist das Material interessant, weil es sich für den Einsatz in Brennstoffzellen und für die Herstellung von Wasserstoff eignet. Der

weltweit größte Platinproduzent ist Südafrika. 120 Tonnen des Edelmetalls wurden 2020 dort gewonnen. Südafrika ist generell eines der wichtigsten Bergbauländer der Welt, auch Gold, Chrom und Steinkohle werden dort in großen Mengen hergestellt. Laut WWF Deutschland befinden sich Rohstoffminen häufig im trockenen Nordosten des Landes, wo

Wasservorkommen knapp und Konflikte um dessen Nutzung stark verbreitet sind. Es ist eines von vielen Problemen entlang der Lieferkette von Platin. Mehrere hundert Meter unter der Erde, bei Temperaturen von bis zu 45 Grad wird das Platin, meist in Kombination mit anderen Metallen, aus der Erde gewonnen. Obwohl Platin eines der teu-

ersten Edelmetalle weltweit ist, reichen die Löhne der Minenarbeiter:innen (der Großteil von ihnen Männer) kaum zum Überleben. Laut WWF Deutschland werden für den Bergbau in Südafrika täglich 70 Millionen Liter Wasser benötigt. Die Entwässerung der Minen führt zu Verschmutzungen im Grundwasser, das wirkt sich negativ auf die Gesundheit der lokalen Bevölkerung und die Natur aus.

Immer wieder demonstrieren

Arbeitnehmer*innen für bessere Arbeitsbedingungen. Immer wieder enden diese gewaltvoll. Ein trauriges Beispiel dafür: Das Marikana-Massaker von 2012, bei dem mehr als 30 streikende Bergbauarbeiter des britischen Unternehmens Lonmin von südafrikanischen Polizisten erschossen wurden. Zehn Jahre später sind die Gerichtsverfahren dazu noch immer nicht abgeschlossen. Lonmin war damals Platinlieferant für den deutschen Chemiekonzern BASF. Erst Jahre später hatte BASF die Geschäftsbeziehungen mit Lonmin beendet, heute beliefert Sibanye Stillwater den deutschen Chemiekonzern. Doch auch dort streiken Bergbauleute, seit Wochen werden Gehaltserhöhungen verhandelt – bisher ohne Erfolg.

Immer wieder dieselben Rechtsverletzungen

Laut Globalem Rechtsindex des IGB (Internationalen Gewerkschaftsbund) wurde 2020 in 87 Prozent der Länder weltweit das Streikrecht verletzt. Behinderungen von Gewerkschaftsgründungen und Verweigerungen von Redefreiheit nahmen weltweit zu. In 45 Ländern waren Beschäftigte Gewalt ausgesetzt. In 68 Ländern wurden Beschäftigte willkürlich entlassen und inhaftiert.

Eine Verbesserung der Situation wäre mithilfe eines starken Lieferkettengesetzes möglich, so Miriam Baghdady, Expertin für Wirtschaftsfragen im Volkswirtschaftlichen Referat des Österreichischen Gewerkschafts-



Miriam Baghdady, Wirtschaftsexpertin des ÖGB, fordert ein starkes Lieferkettengesetz, um Menschenrechtsverletzungen nachvollziehbar zu machen.

bunds. „Die Produktionsstätten innerhalb weltweiter Lieferketten befinden sich meistens im Globalen Süden. Immer wieder werden dort die gleichen Arbeitnehmer*innenrechte verletzt: das Recht auf einen angemessenen Lohn, auf sichere Arbeitsbedingungen sowie das Recht, eine Gewerkschaft zu gründen, Kollektivvertragsverhandlungen zu führen oder zu streiken“, so Baghdady. Und sie fügt an: „Aber auch in Europa werden zum Beispiel Ernte- und Bauarbeiter*innen regelmäßig ausgebeutet.“

Auch in Europa werden Ernte- und Bauarbeiter*innen regelmäßig ausgebeutet. Miriam Baghdady

Die Expertin fordert eine gesetzliche Verpflichtung für heimische Unternehmen, internationale Menschen- und Arbeitsrechte, sowie Klima- und Umweltstandards entlang ihrer gesamten Lieferketten einzuhalten. Bei Verstößen müsse es zivil- und strafrechtliche Sanktionen geben. Außerdem wäre es notwendig, das Gesetz für alle Unternehmen mit Sitz in der EU und Unternehmen, die hier Produkte in Verkehr

bringen, geltend zu machen. Genau das sieht der aktuelle Entwurf eines EU-Lieferkettengesetzes allerdings nicht vor. Auch das Einbeziehen von Gewerkschaften und Betriebsräten ist in dem Entwurf für die Expertin nicht ausreichend sichergestellt.

Kreislaufwirtschaft und Zertifizierung als Lösung?

Eine weitere Möglichkeit, die Probleme in der Rohstoffherzeugung zu umgehen, ist möglichst wenige neu gewonnene Rohstoffe zu nutzen. Die ÖGUSSA, die sich selbst als „Österreichs Marktführer in Edelmetallverarbeitung und Recycling“ bezeichnet, wirbt auf ihrer Website damit, dass Edelmetalle auch ohne Ausbeutung und Umweltschäden produziert werden können. Am Beispiel von Gold erklärt man, dass Initiativen wie Fairtrade (FLO) oder Fairmined (ARM) menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den zertifizierten Kleinbergbau gewährleisten würden. Wie aber verhält sich das mit Platin? Nachdem ÖGUSSA auf seiner Website „alle potentiellen Interessengruppen ermutigt“, Fragen bezüglich der Lieferkette zu äußern, haben wir nachgefragt, woher das Unternehmen dieses kostbare Metall bezieht.



Charlotte Lonitz, Projektleiterin von „Begegnung Südliches Afrika“, bei einem ihrer Einsätze.

Marcus Fasching, Geschäftsführer von ÖGUSSA, erklärt, dass man auf recyceltes Platin setzt, weil das nicht nur sozial, sondern auch ökologisch vertretbar sei. „Natürlich kommt auch recyceltes Platin ursprünglich aus einer Mine“, bejaht Fasching. Über den genauen Ursprung des Platins, welches bei ÖGUSSA verarbeitet wird, erhielten wir allerdings keine Auskunft. „Wir verarbeiten nur Platin, das bereits in Verwendung gewesen ist“, so Fasching. Der Argumentationslinie zufolge, liege die Verantwortung für menschenwürdige Bedingungen im Bergbau also bei jenen Unternehmen, die Platin direkt aus der Mine beziehen.

Trotzdem versichert Fasching konfliktfreie Lieferketten und verweist auf Zertifizierungen, die soziale und ökologische Standards versprechen. Dass Zertifikate und freiwilliges Engagement von Unternehmen ausreichen, wird von Befürwortern von Liefergesetzen verneint. Mangelhafte Kontrollen, fehlende Transparenz und eine daraus resultierende mangelhafte Glaubwürdigkeit sind oft Argumente gegen Gütesiegel und Co. Außerdem beleuchten Zertifikate selten die gesamte Lieferkette, sondern nur Abschnitte davon. Ein weiteres Problem sind fehlende strafrechtliche

Konsequenzen bei Verstößen. Also lieber doch gesetzliche Verpflichtungen? Fasching äußert sich grundsätzlich offen dafür: „Gesetze schaffen gleiche Spielregeln für alle.“ Die Frage bleibt jedoch: Wie genau sollen diese Spielregeln aussehen?

Arbeit global denken

Nach Lösungen für die Probleme im Rohstoffabbau sucht auch das Projekt „Begegnung Südliches Afrika. Arbeit und Leben global gedacht“ des Dokumentations- und Kooperationszen-

Die ÖGUSSA kann den genauen Ursprung ihres Platins nicht nennen. Sie verweist aber auf soziale und ökologische Standards.

trums Südliches Afrika (SADOCC). Gewerkschafter*innen, Aktivist*innen sowie politisch Interessierte aus fünf Ländern – Österreich, Südafrika, Namibia, Zimbabwe und Mosambik – stellen sich gemeinsam der Frage: Wie verringern wir globale soziale und wirtschaftliche Ungleichheit?

In Seminaren und interaktiven Workshops von Expert*innen und lokalen Aktivist*innen werden anhand von

konkreten Fallbeispielen in den drei Themenfeldern Weinbau und -handel, Platin- und Rohstoffabbau sowie informelle Beschäftigung Zusammenhänge zwischen internationalem Handel, kolonialer Vergangenheit und regionalen Gegebenheiten aufgezeigt. „Ziel des Projekts ist es, dass die Teilnehmenden hinter die Kulissen von globalen Lieferketten blicken können“, erläutert Charlotte Lonitz, Projektleiterin von Begegnung Südliches Afrika. „Was kann ich als Konsument*in machen, damit in meinen Produkten weniger Ausbeutung steckt?“

Brieffreundschaft 2.0

Auch bestehende Gegeninitiativen werden in den Veranstaltungen besprochen. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in den vier Schwerpunktländern werden beispielsweise die Bestrebungen der Gewerkschaften im südafrikanischen Weinsektor, Aktivismus im Bereich Platinabbau oder die Empowerment-Strategien von Frauengruppen in Mosambik präsentiert.

Eine Besonderheit des Projektes ist die Möglichkeit, sich nach den Seminaren und Workshops in weiterführenden Dialoggruppen austauschen zu können. „Die Teilnehmenden können sich über digitale Medien direkt mit Arbeiter*innen, Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen aus den Partnerländern austauschen“, so Lonitz, „eine Art Brieffreundschaft 2.0 über zwei Kontinente hinweg.“ Das auf zwei Jahre hin ausgelegte Projekt wird von der Austrian Development Agency (ADA) aus Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gefördert und in Partnerschaft mit der Gewerkschaft GPA durchgeführt.

Sandra Schmidleitner ist freie Journalistin und unterstützt das Projekt „Begegnung Südliches Afrika“ von SADOCC bei der Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Sie ist zudem Redakteurin beim inklusiven Medien-Startup „andererseits“.

ENTGLEISUNG

Integrationsministerin bedient antimuslimischen Rassismus

Für das Jahr 2021 hat SOS Mitmensch fast 70 Vorfälle von antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik dokumentiert.



Die FPÖ setzt seit vielen Jahren auf anti-muslimische Kampagnen, die zu Neid und Hass anstacheln.

Den Startschuss hat vor einigen Jahren die FPÖ gesetzt. Seitdem betreibt die Partei eine kontinuierliche Kampagne, die Muslim*innen abwertet und zu Neid und Hass anstachelt. Spätestens seit der Bildung der türkis-blauen Koalition im Jahr 2017 ist antimuslimischer Rassismus jedoch kein politisches Randphänomen mehr. Auch Regierungsmitglieder, bis hin zum Bundeskanzler beteiligen sich – in unterschiedlicher Intensität – an der Ausgrenzung von Muslim*innen.

Jüngstes Beispiel ist die Weigerung von Bundeskanzler Karl Nehammer und Integrationsministerin Susanne Raab, Muslim*innen auf Facebook jene Feiertagsgrüße auszurichten, die anderen Religionsgemeinschaften dort selbstverständlich ausgerichtet werden. Bemerkenswert auch, dass die Integrationsministerin muslimischen Mädchen kollektiv einen Status als „Gast“ zuschreibt. Medien reagieren darauf kaum, auch von anderen Parteien ist selten Kritik zu hören. Antimuslimischer

Rassismus ist zu einem unwidersprochenen Teil der österreichischen Politik geworden.

Doch was ist „antimuslimischer Rassismus“ überhaupt? Bezeichnend: Eine von der österreichischen Bundesregierung anerkannte Definition gibt es bislang nur für Antisemitismus. SOS Mitmensch versteht Rassismus als „eine gruppenbezogene Unrechts-, Unterdrückungs-, Herrschafts- und Gewaltideologie“. Gemäß dieser Definition steht antimuslimischer Rassismus „für den Angriff auf Menschen allein aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen muslimischen Religionszugehörigkeit“. SOS Mitmensch betont, dass Rassismus keine ‚Menschenrassen‘ braucht, um zu existieren. Antimuslimischer Rassismus liegt dann vor, wenn Muslim*innen als homogene und quasi-biologische Einheit konstruiert und dieser Einheit kollektiv (meist negative) Eigenschaften und Handlungsmuster zugeschrieben werden. SOS Mitmensch betont aber auch: Die faktenbasierte Auseinandersetzung mit Religion und mit konkreten Handlungen von Personen oder Organisationen fällt nicht unter antimuslimischen Rassismus, sondern ist wichtiger Bestandteil einer Demokratie.

Hier einige der gesammelten Fallbeispiele aus der Politik. Mehr ist auf der von SOS Mitmensch eingerichteten Website www.antimuslimischer-rassismus.at zu finden. (apo)



Integrationsministerin Susanne Raab erklärt im November 2021 muslimische Mädchen durch den Verweis auf „Gastgebergesellschaften“ kollektiv zu Gästen. Raab spricht zwar davon, dass sie Mädchen vor „Stigmatisierung“ schützen wolle, stigmatisiert sie zugleich aber selbst durch die pauschale Zuschreibung eines Gaststatus.



Im November 2017 bezeichneten verschiedene niederösterreichische FPÖ-Politiker, darunter auch der jetzige Landesrat Gottfried Waldhäusl und der niederösterreichische FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer, die niederösterreichische Landeshauptfrau Mikl-Leitner als „Moslem-Mama“.



Ein wiederkehrendes Motiv ist die pauschale Abstempelung von Frauen, die ein Kopftuch tragen, als defizitbehaftet und/oder als repräsentativ für negative Phänomene. Hier mittels manipuliertem Bild im Juni 2020.



Im Mai 2021 teilt FPÖ-Klubobmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl ein FPÖ-Video, das von „Überfremdung“ spricht und „Überfremdung“ mit Islam bzw. Muslim*innen in Verbindung bringt. Im Video sagt FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz: „Zuwanderung tötet. Nachsatz: vor allem aus islamischen Ländern“.

INTERVENTION

Tribunal gegen Österreich

Im Juni wird das „Asyl Tribunal“ symbolisch Klage gegen die Republik Österreich erheben. Fünf Tage lang wird das Theaterkollektiv Hybrid einen öffentlichen Gerichtsprozess über die Asylpolitik Österreichs führen. Der Performancekünstler und Regisseur Alireza Daryanavard im Gespräch.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL

Sie wollen die Republik Österreich vor ein Tribunal stellen. Warum das?

Das Tribunal wird darüber abgehalten, wie konsequent der Schutz geflüchteter Menschen in Österreich tatsächlich gegeben ist. Seit Schwarz-Blau im Jahr 2017 steht die Asylpolitik immer stärker unter Kritik, in der Asylpolitik läuft einiges nicht so, wie es sein sollte. Das hat sich mit der aktuellen Regierung mit Grünen-Beteiligung leider auch nicht geändert. Deshalb wollen wir das in einem theatralen Gerichtsprozess aufrollen. Ich habe als Künstler, auch weil ich persönlich einen Bezug zum Thema habe, irgendwann beschlossen, das zu bearbeiten. Ich glaube, dieses Thema braucht eine radikale Form, deshalb soll das in Form eines Tribunals stattfinden. Das letzte öffentliche Tribunal, welches viel Aufmerksamkeit bekommen hat, war, soweit ich weiß, 1995, als es um die Missachtung der Rechte der „LGBTQIA+“-Community ging.

Sie sind seit 2014 in Österreich, wie haben Sie den Kurs in der Asylpolitik seit Schwarz-Blau erlebt?

Erstens wurden die Abschiebungen wesentlich mehr, dann hat sich das Bild von Schutzsuchenden massiv verändert, weil diese ja als „Problem des Landes“ oft medial direkt und indirekt genannt werden. Die finanzielle Unterstützung der unabhängigen Rechts-Initiativen wurde zum Teil komplett ge-



Aufführung von Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft. Nach Svetlana Alexijewitsch; Inszenierung & Textfassung: Alireza Daryanavard

strichen. Die illegalen Pushbacks an den österreichischen Außengrenzen wurden viel mehr, die Grenzen sind zu und ganz aktuell sehen wir einen systematisch rassistischen Umgang mit bestimmten Schutzsuchenden, der menschenverachtend ist.

Aber ein Problem ist auch, dass viele in der Gesellschaft gar nicht wissen und gar nicht mitbekommen, was Schutzsuchenden hier in Österreich widerfährt, das ist nicht alles rechtens, nicht alles legal. Als ich selbst im Asylverfahren war, wusste ich über meine Rechte auch nicht Bescheid. Warum ich etwa ein Jahr lang auf Behördenentscheidungen wartete. Es geht also in erster Linie auch darum, Informationen zu liefern, aufzuklären über die Ursachen dieser Probleme und illegale Praxen aufzuzeigen. Deshalb arbeiten wir auch mit Ge-

setzestexten. Mit unserer Aktion wollen wir mit Unterstützung anderer NGOs und Initiativen die Republik Österreich zu einer fairen Asylpolitik auffordern. Das ist unsere idealistische Hoffnung und das Ziel.

Wo genau fordern Sie faire Verhältnisse beim Asylverfahren ein?

Konkret kann ich sagen: bei der Missachtung der Rechte von Schutzsuchenden mit rechtswidrigen Abschiebungen, bei Verletzungen des Kindeswohls, bei Erschwerungen in der Familienzusammenführung, bei illegalen Pushbacks an den Außengrenzen, bei rassistischen Aufnahmebedingungen und Diskriminierung gegenüber BPoC-Personen aus der Ukraine. Darüber hinaus gibt es keine einzige legale und sichere Möglichkeit, aus Krisengebieten nach



Im Juni soll am Wiener Judenplatz Tribunal über die Republik Österreich gehalten werden. Eine fünftägige theatrale Intervention gegen die politische Praxis des Landes.

Österreich zu gelangen, weil Österreich nicht an den Resettlement-Programmen teilnimmt.

Dazu kommt der Leistungsdruck, der von der Politik an viele Schutzsuchende herangetragen wird. Sie müssen sich gut integrieren, sollen schnell Deutsch lernen, müssen sich Sprachkurse selbst finanzieren, obwohl sie nicht arbeiten dürfen, sollen etwas für diese Gesellschaft leisten, obwohl sie nicht arbeiten dürfen.

Wer werden die Ankläger*innen beim Asyl Tribunal sein und wer verteidigt die Republik?

Das ist ein symbolisches Tribunal, das auf Texten basiert, die zum großen Teil vom Asylrechtler Ronald Frühwirth und der Dramaturgin und Aktivistin Mahsa Ghafari verfasst wurden. Wenn es heißt, ‚Wir klagen an‘, dann haben wir bewusst nicht festlegt, wer dieses ‚Wir‘ ist. Es ist offen, ob wir von einem Künstler*innenkollektiv sprechen, von couragierten Menschen oder der Zivilgesellschaft. Bei den Vorbereitungen mit verschiedenen Initiativen war es für mich jedenfalls ein schönes Gefühl, dass auch sie diese Klage mittragen.

Wie wird diese Aktion stattfinden, als klassische Form des Theaters mit Bühne und Publikumsraum?

Es wird eine simple Bühne geben, und das Stück ist ohne Eintritt zugänglich. Die Aktion ist für fünf Tage geplant, jeden Tag wird ein eigenes Thema behandelt. Wir haben damit fünf verschiedene Stücke, aber schön wäre, wenn möglichst viele Leute an allen fünf Abenden kommen und nicht wie üblich im Theater, an einem Abend. Es wird neun Protagonistinnen geben, alle Akteurinnen auf der Bühne sind Frauen: fünf Richterinnen, zwei Rechtsanwältinnen von der Kommission und zwei Rechtsanwältinnen für die Republik. Dazu kommen einige Zeuginnen, wie eine Frau aus Bosnien, Zamira, die extra nach Wien anreist, um vor Gericht über ihre Erlebnisse auszusagen: zum Beispiel über die illegalen Pushbacks an den Außengrenzen, was in Wien ignoriert wird.

Welches Ziel verfolgt das Tribunal? Sollen Verhältnisse sichtbar gemacht werden, von denen viele Menschen gar nicht so richtig wissen? Etwa, dass es in Österreich jeden Tag durchschnittlich zu zehn Abschiebungen kommt, wo Menschen oft nach Jahren aus ihrem Leben in Österreich herausgerissen werden. Oder soll vor allem Druck auf die Politik ausgeübt werden, den eigenen Kurs zu hinterfragen? Wir wollen auf jeden Fall den Menschen bewusst machen, was da in Österreich menschenverachtendes läuft. Unsere Partner*innen von den Initiativen sind schon seit so vielen Jahren mit diesem Thema beschäftigt, die kennen diese Fakten natürlich selbst. Aber unsere Hoffnung ist, dass wir mit dieser symbolischen Aktion auch einen Fortschritt für die aktivistische Arbeit schaffen können, in einem anderen Rahmen, mit einem Theaterrahmen. So dass wir auch mit anderen Ressourcen arbeiten können, und dass die Beteiligten auch bezahlt werden. Im Aktivismus passiert das ja nicht oft, viele arbeiten freiwillig. Damit wollen wir auch ein anderes Bild dieser aktivistischen Arbeit darstellen um, genau wie Sie formuliert haben, die Politik und Gesetzgeber*innen zu zwingen sich an die Menschenwürde und die Rechte von Schutzsuchenden halten und endlich eine faire und menschliche Politik gegenüber Menschen, die Schutz suchen, schaffen.



Neubaugasse 18 | 1070 Wien | brillenmanufaktur.info

Würden Sie sagen, Kunst ist das letzte Mittel, wenn andere Instanzen versagen, um aufzurütteln?

Ja schon, wobei Kunst klingt sehr allgemein. Aber ich glaube schon, dass das die Aufgabe des Theaters ist. Wobei ich der Meinung bin, dass es die Aufgabe des Theaters ist, schon viel früher anzufangen und nicht erst als letzte Hoffnung. Es geht ja immer auch darum, die Gesellschaft zu spiegeln. Das ist für mich Theater. Wo man die Ideen von der Straße, von den Leuten holt und Themen anspricht, die gesellschaftlich nicht vorkommen. Und zwar von vielen Betroffenen, die nicht gehört werden und auch keinen Zugang zur ‚Hochkultur‘ wie dem klassischen Theater haben. Wir wollen barrierefrei sein, diese Form von Theater muss auch für genau jene zugänglich sein, die sonst nicht adressiert werden.

Das Theater nicht als musealisierte Abspielstätte, sondern als lebendige Institution – haben Sie bisher schon ähnliche Projekte gemacht?

Ja, wir haben als Theaterkollektiv Hybrid schon in dieser Richtung gearbeitet. 2018 gab es mein Stück, das Staatenlosigkeit und Fluchtursachen thematisierte, da haben wir auch an eintrittsfreien Orten gespielt. Ein Jahr später habe ich das Stück auf Video in Gebärdensprache übersetzt, damit es für schwerhörige oder gehörlose Menschen auch zugänglich ist. In einem anderen Stück haben wir den Massenmord Ende der Siebziger Jahre im Iran thematisiert, so dass dies zusätzlich auch viele Betroffene Zeitzeug*innen der iranischen Community hier in Wien sehen konnten. Für nächstes Jahr plane ich ein Projekt über die Belagerung von Sarajevo und als zweiten Teil über den Massenmord in Srebrenica. Das sind die Themen, die uns wichtig sind und die vielen Menschen in unserer Gesellschaft die Möglichkeit geben, sich gesehen zu fühlen bzw. ihre Geschichten zu hören, die sonst kaum im Theater erzählt werden.



Wir wollen barrierefrei sein, diese Form von Theater muss auch zugänglich für jene sein, die sonst nicht adressiert werden.

Das klingt nach durchwegs schwierigen Inhalten. Gibt es in Wien oder in Österreich überhaupt Förderungen und Räume, um solche Geschichten zu transportieren?

Also das Interesse ist groß, alle Stücke, die ich erwähnt habe, wurden bereits gefördert. Das heißt, die Notwendigkeit für solche Inhalte wird wahrgenommen. Aber ob es genügend Räume gibt, da bin ich nicht sicher. Da gibt es eine große Differenz, etwa zwischen der Arbeit der Stadttheater dieses Landes und der pluralen Gesellschaft mit all ihren Themen. Es gibt immer wieder Ausnahmeprojekte, aber im Grunde gibt es einen ziemlichen Abstand zwischen der breiten Gesellschaft und dem intellektuellen, heiligen Theaterbetrieb (lacht). Das hat viele Ursachen bereits in den exklusiven Bildungsstrukturen von Theaterschulen. Da sind die wenigsten bereit, die Türen zu öffnen. Man sieht die Notwendigkeit nicht. Also kurz gesagt, es gibt nicht genügend Räume und die Räume die es gibt, haben entweder keine oder kaum Ressourcen.

Haben Sie im Burgtheater angefragt? Dort hat schon Klaus Peymann als

ZUR PERSON

Alireza Daryanavard wurde im Iran geboren und kam 2014 als Staatenloser nach Österreich. Er arbeitet als Schauspieler, Musiker und Regisseur, u.a. mit Engagements im Volkstheater (Wiener Festwochen), im WerkX am Petersplatz, im Dschungel Wien und im Theater Akzent. Studium an der Akademie der Bildenden Künste. 2018/19 spielte er das Solostück „Ein Staatenloser“ u.a. an den Münchner Kammerspielen. 2020 wurde er als Autor und Regisseur von „Blutiger Sommer“ für den Nestroy-Theaterpreis nominiert. Seit 2022 ist Daryanavard Mitglied im Beirat für darstellende Kunst des Kulturministeriums.

Direktor des Hauses mit Stücken von Thomas Bernhard und Elfriede Jelinek eine kritische Bilanz über Österreich gezogen.

Es müsste eigentlich im Burgtheater stattfinden (lacht), oder im Volkstheater. Die Stärke von unserem Stück liegt ja gerade darin, dass es von Betroffenen entwickelt wurde. Ich war ja selbst im Asylverfahren, in dieser Situation, wir wissen, worüber wir sprechen. Jemand, der nicht betroffen ist, tut sich sicher schwer, über dieses Thema zu arbeiten.

Sie selbst sind als Geflüchteter nach Österreich gekommen, waren lange staatenlos. Was bedeutet das konkret?

Ich hatte als Geflüchteter einen Konventionspass. Man ist damit staatenlos. Das bedeutet konkret: Man kriegt keine Kreditkarte und auch die E-Card gilt nicht in der Europäischen Union. Wenn man verreisen will, muss man die Botschaft fragen, ob man ein Visum kriegt – oder nicht. Ein- und Ausreisen sind immer schwierig. Ich bin oft gereist, nach Jordanien oder Shanghai, und überall ist das problematisch. Wenn man nach Österreich zurückkommt, muss man 10 bis 15 Fragen beantworten: wieviel Geld man hat, was man beruflich macht und wer die Reise finanziert hat. Man wird sogar öfters gefragt, was der Konventionspass ist. Das muss man den Leuten dann erklären.

POPULÄRKULTUR

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschafter portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI

Festtage sind eigentlich etwas schönes, markieren das Ende einer besinnlichen und reflektierenden Zeit, bringen Freund*innen und Familie zusammen. Man mag es kaum glauben, aber auch muslimische Menschen in Österreich feiern. Auch wenn es weit weniger Feiertage sind, sind die Anlässe trotzdem schön und vor allem für Kinder eine Riesenfreude, weil Süßigkeiten und Geschenke ohne Ende. Doch gerade als marginalisierte Gruppe in Österreich, wo der Islam besonders seit der Ära Kurz politisiert wird, haben islamische Festtage einen bitteren Nachgeschmack. Auch andere konfessionelle Feiertage wie die der serbisch-orthodoxen, der alevitischen oder hinduistischen Communities fallen in diese Kategorie. Schülerinnen und Schüler, die diesen Konfessionen angehören, müssen in Österreich laut Bildungsministerium an der Schule einen Antrag stellen, um gegebenenfalls für die religiösen Feiertage freigestellt zu werden. Geprüft wird, ob das Fernbleiben der jeweiligen Schüler*innen pädagogisch vertretbar ist. Festtage sind aber nicht dafür da, dass man sich damit rumstressen muss, ob man nun feiern darf oder nicht. Dass die-

se Macht- und Deutungshoheit überhaupt geschaffen wurde, ist ein Skandal. Ja, wir leben in einem Land, in dem die Mehrheit christlich ist und demnach die gesetzlichen Feiertage auch so ausgelegt sind. Dennoch ist die Schule ein prägender Ort, an dem Jugendliche einen Großteil ihres Lebens verbringen. Deswegen sollten insbesondere die Direktion und die Lehrer*innen darauf achten, dass abseits einer repressiven und ausgrenzenden Politik eine Atmosphäre an der Schule geschaffen wird, wo sich alle Schüler*innen angenommen fühlen.

Diversität – selbstverständlich?

Nicht nur in meiner Schulzeit, bis heute müssen Schüler*innen einen Antrag auf Freistellung stellen. Auch dieses Jahr gab es wieder Probleme an einigen Schulen Wiens, weil Schülerinnen und Schüler entweder auf den Antrag vergessen oder deren Lehrerinnen und Lehrer nicht-christliche Festtage auch als selbstverständlich ansehen, die jeweiligen Direktionen aber nicht. Einige Direktionen drohen sogar mit der Abmeldung von Schüler*innen oder mit einer polizeilichen Anzeige, weil sich Fehlstunden mit dem Fernbleiben



Illustration: Petja Dimitrova

des Unterrichts ansammeln. Aus einem schönen Feiertag wird so ganz schnell eine Katastrophe. Auch wenn es Regelungen vom Bundesministerium gibt, können Schulen entschieden dagegen auftreten und ein Exempel statuieren. Ein Symbol des Zusammenhalts wäre, dass Kinder die ein, zwei Tage ruhig mit ihren Familien verbringen können, den Klassen so beibringen, dass authentisch gelebte Vielfalt in unserer Gesellschaft als Normalität angesehen wird. Das soll kein Aufruf zum zivilen Ungehorsam werden, aber nicht alle Regelungen sind richtig. Insbesondere, wenn nur bestimmte Gruppen kontrolliert werden sollen. Als Schülerin habe ich mich nicht normal gefühlt, wenn ich für einen Tag extra ein Ansuchen an meinen Klassenvorstand abgeben musste. Ich hätte mir schon damals mehr Verständnis gewünscht. Heutzutage kann ich sagen, dass dieses Bewusstsein für die interkulturellen und interreligiösen Klassen schon im Studium geschaffen werden muss. Das Lehramtsstudium gehört reformiert und zwar vorgestern. Besonders mit dem Zuwachs an geflüchteten Kindern braucht es kompetente Menschen an den Schulen, für die Diversität kein Schlag ins Gesicht ist.

POPULÄR GESEHEN

Wahnsinn Krieg

Jetzt kommt alles mit dem Krieg in der Ukraine wieder. Das größte Verbrechen des Krieges an denen, die ihn überleben, ist, dass er ihnen das Vertrauen ins Leben nimmt.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Das Kopftuch einer bosnischen Frau, Kappen von Militärs, zerfetztes Zeitungspapier, ein blutroter Würfel – all das liegt zu Boden geworfen auf den Pflastersteinen. Eine Aktion am Wiener Stephansplatz. Wir schreiben das Jahr 1992. Der Krieg tobt in Jugoslawien. Kinder brachten ihre Zeichnungen mit vom roten Fluss Drina, voll von Leichen und vom „allerliebsten Hund Medi“, den der sechsjährige Vedan in Bosnien zurücklassen musste. Eine Mutter hat ihren einzigen Sohn verloren. Sie will selbst nicht mehr leben. „Die Trauer zerstört mich.“ Sie sitzt jede Nacht im Bett und schaukelt mit dem Oberkörper, „um nicht schreien zu müssen“. Ich hab’ damals bei Hemayat gearbeitet, wo Kriegsüberlebende therapeutisch und medizinisch behandelt wurden. Jetzt kommt alles mit dem Krieg in der Ukraine wieder. Das größte Verbrechen des Krieges an denen, die ihn überleben, besteht darin, dass er ihnen das Vertrauen ins Leben nimmt. Die Überzeugung zerbricht, man könne sich in der Welt sicher fühlen. Es ist ein zur Wirklichkeit gewordener Albtraum. Unser Vertrauen hat sich mit dem Glauben entwickelt, dass bestimmte monströse Figuren



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

nur in bösen Träumen vorkommen, aber niemals in unserer Alltagswelt. „Wer vollständig ohnmächtig ist, ist bei lebendigem Leibe nicht mehr da“, formulierte es der Sozialforscher Jan Philipp Reemtsma. Wie aus der Welt gefallen zu sein, wie die Welt verloren zu haben.

Man könne sich an alles gewöhnen, heißt es. Gewöhnen gibt es hier nicht. Gewöhnen bedeutet in diesem Fall nämlich, dass sich das Unglück nach innen ausdehnt, Teil von einem wird, dass die Chance geringer wird, aus dem Schrecken aufzutauchen wie aus einem Albtraum, den man unter der morgendlichen Dusche einfach abwaschen kann. Die Seele verlagert den Schrecken aus der Aktualität ins Chronische, aus dem Film da draußen in den Körper da drinnen.

Die Verwirrung, die einen außer Tritt bringt, ist eine normale Reaktion auf eine abnormale Situation. Traumatisierte tragen eine unmögliche Geschichte in sich, mit sich. Eine wahn sinnige Realität manifestiert sich als Symptom in einem Menschen. Abnormal ist das, was passiert ist, krank das, was geschehen ist. Krieg ist ein monströses Verbrechen. Helden sind die, die ihn beenden.

POLIZEIKOLUMNE

Es kommt darauf an

Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verleiht der Polizei Handlungsfähigkeit. Zu Lasten der Beamt*innen.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit ist die eierlegende Wollmilchsau der Polizeiarbeit. Kaum ein Aspekt bleibt so unhinterfragt - selbst von harten Kritiker*innen der Polizei. Wie ein magischer Schwur mobilisiert er Akzeptanz für das Gewaltmonopol. Das Prinzip regelt, dass Polizist*innen Gewalt nur in angemessener Weise ausüben dürfen. Welche Gewalt in einer konkreten Situation angemessen ist, wird in einer Prüfung der Verhältnismäßigkeit abgewogen.

Es braucht einen gesetzlichen Zweck, der Eingriff muss zielführend und darf nicht überschießend sein. Die Folgen dürfen nicht schwerer wiegen als die abgewendete Gefahr und Unbeteiligte sind zu schonen. Nicht zu viel und nicht zu wenig, also. Im Grunde beschränkt das Prinzip Polizist:innen in ihrem Verhalten eng.

Aber wer entscheidet, welches Mittel konkret das verhältnismäßige ist? Letztlich sind es Gerichte, die im Rückblick urteilen, sofern eine Amtshandlung bei der Justiz landet. In der Situation sind solche Abwägungen das tägliche Brot von fast 40.000 Polizist*innen. Dabei stützen

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

sie sich auf die Aus- und Fortbildung, in der die Anwendung des Prinzips sowie konkrete Verhaltensweisen geübt und trainiert werden.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist für die Polizei so wichtig, weil er der Organisation in einer Vielzahl komplexer Situationen Handlungsfähigkeit verleiht. Ist das Prüfschema einmal erlernt, kann es auf jede Situation angewendet werden. Polizist*innen brauchen anders als etwa Pilot*innen oder Ärzt*innen keine Checkliste für jeden erdenklichen Sachverhalt. Das bedeutet wiederum sehr hohe Handlungsfreiheit für die Beamt*innen.

Die Verantwortung für Fehlverhalten verschiebt sich dabei von der Institution zu den einzelnen Beamt*innen. So argumentierte der Anwalt des Polizisten, der bei der Urania einen Demonstranten in die Nieren geschlagen hatte vergeblich, dass Faustschläge als Einsatzmittel gelehrt werden. Bei der Festlegung zulässiger Einsatztechniken muss die Polizeiführung also strenger werden, damit Polizist*innen nicht erst vor Gericht erfahren, was sie nicht dürfen.

Wo der junge Kurz recht hatte

Seit Beginn der Fluchtbewegung aus der Ukraine erleben wir in Österreich eine Welle der Hilfsbereitschaft, Willkommenskultur in Reinform. Es war seinerzeit Sebastian Kurz, der sie einforderte – mit Recht.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



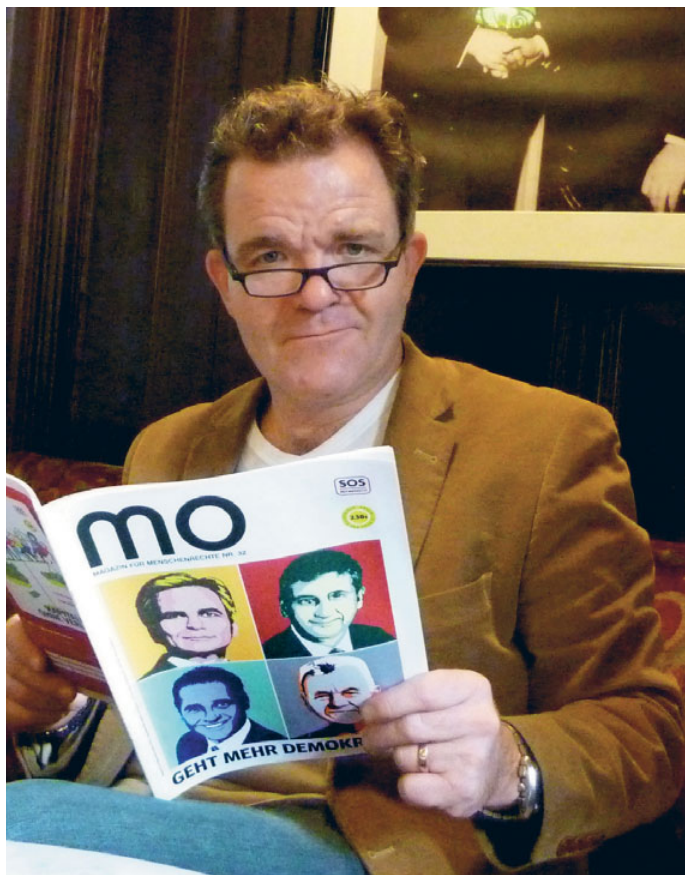
Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Der damalige Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz (ÖVP) brach im Herbst 2012 zu einer Kanada-Reise auf. Das Einwanderungsland galt für viele als Best-Practice-Beispiel für Integrationspolitik. Der Staat sieht Integration nicht als individuelle Bringschuld von Flüchtenden und Migrantinnen und Migranten, sondern erachtet das Ermöglichen von Integration als staatliche Aufgabe. Kurz trommelte nach seiner Reise den Begriff Willkommenskultur. Er stellte klar: Österreich habe von eben dieser zu wenig, Österreich müsse an einer Willkommenskultur arbeiten. 2015 erlebten wir sie dann, als zehntausende Geflüchtete auf dem Wiener Hauptbahnhof ankamen, nachdem sie in Ungarn, gestrandet auf dem Bahnhof Keleti, eine beschämend unmenschliche Behandlung erfahren hatten. Um ihnen zu zeigen, dass sie in Österreich willkommen sind, klatschten Wienerinnen und Wiener bei der Ankunft der Flüchtlinge. Selten sah man so herzlich ausgedrückte Willkommenskultur. Dass sich in Österreich viele Bundesländer und Gemeinden allerdings gegen die Aufnahme von Geflüchteten wehrten, zeugte wiederum nicht von strukturell

stark ausgeprägter Willkommenskultur. Und als die Stimmung Flüchtlingen gegenüber 2016 umschlug, wurden die Helferinnen und Helfer von Rechtsaußen nur mehr despektierlich als „Willkommensklatsher“ abqualifiziert. Sebastian Kurz predigte nun eine unbedingte Abkehr von der, wie er sie nunmehr nannte: „Einladungspolitik“, die Mehrheit stimmte ihm zu. Mit dem Krieg in der Ukraine erlebt die Willkommenskultur in der gesamten EU und in Österreich eine neue Hochphase. Menschen nehmen ukrainische Flüchtlinge zu Hause auf, sammeln Spenden, helfen beim Erlernen der Sprache. Und wir sehen eine in Gesetze und Verordnungen gegossene Willkommenskultur: Sonderstatus für ukrainische Geflüchtete, Erleichterungen für die Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse. Gut, dass sie wieder da ist, die Willkommenskultur. Wir brauchen sie, damit hatte der junge Kurz recht. Ich denke aber, dass eine Kultur, die Aufnahme und Anerkennung von Menschen von ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe oder dem Geschlecht abhängig macht, eine zweifelhafte Kultur ist. Das muss auch gesagt sein. Vielleicht können wir daran noch arbeiten.

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

- MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

- Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

POPULÄRKULTUR

BUCH



Sonnenseiten

„Gut, dass du aus dem Dorf weggegangen bist. Dort bleibt einem nichts übrig, als Erde zu essen“, sagt Dolores zu ihrem Sohn Alfonso, der in einem der großen Hotels an der spanisch-levantinischen Küste als Kellner angeheuert hat. Es ist das Jahr 1969, da hat Spani-

en Italien als beliebteste Urlaubsdestination Europas überholt. Den Grundstein für diese Entwicklung legte das autoritäre Franco-Regime bereits in den 1950ern, das den Tourismusboom politisch für sich zu nutzen wusste. Denn mit dem Wirtschaftszweig erschloss es nicht nur eine neue Devisenquelle – ebenso wurde das Image Spaniens aufgepoliert und die Integration des Landes in die internationale Staatengemeinschaft vorangetrieben.

Der Franquismus stecke in der DNA der spanischen Touristik, sagt auch Ana Pe-

nyas, Comicautorin aus Valencia, die mit ihrer jüngsten Graphic Novel vom Massentourismus auf der iberischen Halbinsel erzählt. Die fiktive Figur Alfonsos und seine Familiengeschichte stehen dabei exemplarisch für die radikalen Auswirkungen auf das Land und die Bevölkerung: Mit den Jahrzehnten und wechselnden Generationen erleben wir etwa den gewaltigen Bauboom und die Binnenmigration aus den ärmeren ländlichen Regionen in die Ferienorte am Meer, erhaschen wir Einblicke in die schwierigen Arbeitsverhältnisse in der Hotelindus-

trie, beobachten wir, wie sich ganze Landstriche im Zuge von Immobilienspekulation und Gentrifizierung tiefgreifend verändern. Wiederholt mixt Penyas dokumentarisches Archivmaterial – wie übermalte Stills aus Dokufilmen und Auszüge aus Reiseführern – in die Erzählung. Ein spannender Beitrag zur Debatte über (Over-)Tourismus und dessen Folgen, wie wir sie nicht nur in Spanien sehen. (*Vina Yun*)

Ana Penyas

Sonnenseiten

bahoe books 2022

144 Seiten, 19 Euro

BUCH



Wer schweigt, stimmt zu

Ulrike Guérot, sie hatte fünf Jahre lang eine Professur an der Universität für Weiterbildung Krams und ist heute Professorin für Europa-

politik an der Universität Bonn, hat ein Buch zur Corona-Pandemie, den politischen Maßnahmen und dem daraus entstandenen Diskurs geschrieben, der wohl wie kein anderer emotional geführt wird und gleichsam als gesellschaftliche Wasserscheide funktioniert. Dementsprechend finden sich auch einige grundsätzliche Gedanken, bevor Guérot ihre Kapitel beginnt, etwa über die „Gefahr des Beifalls von der falschen Seite“. Ein Argument, dem sie mit Enzensberger die Gefahr entgegenhält, dass man anderen die Kontrolle über die eigenen Denkmöglichkeiten

überlässt. Das Buch (der Titel eignet sich wohl gut, als Provokation aufgefasst zu werden) ist weniger eine politikwissenschaftliche Analyse als ein Essay, in dem die Sorge Guérots über einen Verlust an gesellschaftlicher Freiheit (wieder so ein mittlerweile besetzter Begriff) ständig spürbar wird. Es ist der Versuch einen größeren Rahmen zu setzen: Sie zitiert Dahrendorf und Heitmeyer und sorgt sich über einen aufkommenden „autoritären Kapitalismus“, bei dem meistens die Populisten (Demokratieverlust ...) gewinnen, sieht Vorzeichen dafür in der Verar-

mung des Mittelstandes und den Vermögensgewinnen, die Milliardäre während der Corona-Pandemie verzeichnet haben. Das Buch ist keine Polemik, spricht viele Punkte an. Um den hier skizzierten Dystopien zu begegnen, wäre aber eine präzisere Argumentation wünschenswert. (*gun*)

Ulrike Guérot

Wer schweigt, stimmt zu. Über den Zustand unserer Zeit. Und darüber, wie wir leben wollen.

Westend Verlag, 2022

144 Seiten, 13 Euro

ANDERE ÜBER...

Sind alle Menschen gleich vor dem Gesetz? Schön wär's.

Wird im Fall der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Syrien mit zweierlei Maß gemessen? Ich glaube schon.

KOMMENTAR: NADJA LORENZ

Über 40.000 Ukrainer*innen sind seit 24. Februar bei uns angekommen, um zu bleiben. Und es werden vermutlich noch mehr. Ukrainer*innen werden in der veröffentlichten Meinung als Menschen portraitiert, denen Schreckliches widerfahren ist und die alles verloren haben (außer ihre SUVs).

Die EU hat in Windeseile die Vertriebenen-Verordnung beschlossen, die die Menschen auch zum Arbeiten (und damit zu einem vielleicht auch hier selbstbestimmten Leben) ermächtigt.

Ich war sehr froh, dass die EU bzw. die Mitgliedstaaten einmal nicht das unwürdige Gezerre begannen, wer wieviele Geflüchtete aufnehmen muss. Und mir scheint, auch die Bevölkerung ist von der unmittelbaren „nachbarlichen“ Not ehrlich betroffen und hilfsbereit.

In Österreich muss jedoch kritisiert werden, dass wieder einmal die Hilfsorganisationen (oft als „Asylmafia“ geschmäht) und Private als erste in die Gänge gekommen sind. Auch jetzt läuft die staatlich organisierte bzw. koordinierte Hilfe nicht rund; dem Flüchtlingskoordinator wurden keine Befugnisse erteilt, gute Figur macht er nicht. Und dass Österreich die Vertriebenen-Verordnung nicht voll umgesetzt hat

(musste Österreich auch nicht), empfinde ich als schäbig. So stehen Drittstaatsangehörigen Rechte aus der Vertriebenen-VO nicht zu, obwohl sie vom russischen Angriffskrieg ebenfalls betroffen sind und alles, was sie sich in der Ukraine aufgebaut haben, verloren ist; Lebensträume vom besseren Leben bspw. durch Studium zerstoben sind. Ihnen kann nur geraten werden, etwa nach Deutschland weiterzureisen, wo ihnen die Erleichterungen der EU-Verordnung gewährt werden. Dem österreichischen Staat wird's recht sein. Und unser Innenminister beginnt derweil eine „Aktion scharf“, die er als „Aktion gerecht“ bezeichnet: gegen Menschen, die sich der Schlepper bedienen müssen und denen nicht erlaubt wird, legal die europäischen Grenzen zu passieren; deren Tod nicht nur in Kauf genommen, sondern der teilweise vorsätzlich betrieben wird (siehe Frontex). Diese Menschen werden zum wiederholten Mal als das Asylrecht Missbrauchende gebrandmarkt.

Ist das alles rassistisch?

Dieser Vorwurf wurde bald einmal laut. Und ich glaube, zurecht. Denn was unterscheidet die jetzige Situation von der des Krieges in Syrien, wo

mit Hilfe der russischen Armee Aleppo in Grund und Boden gebombt wurde? Dabei ist die Entfernung zwischen Wien und Luhansk nicht viel geringer als zwischen Wien und Aleppo. Überdies ist der Nachbarschaftsbegriff in einer globalisierten Welt irgendwie obsolet. Warum hilft den Afghan*innen niemand, die gerade wieder ins Mittelalter gezwungen werden, obwohl die „westliche“ Welt an deren Misere Verantwortung tragen? Ist es wegen der Religion? Mag sein, aber als die „Nachbar in Not“-Hilfe für Bosnien anlief, hatte nach meiner Erinnerung niemand nach der Religion gefragt.

Rassismus ist ein starkes Wort, jedoch insbesondere, weil wir uns mit den entsprechenden Vorwürfen halt so gar nicht gern auseinandersetzen mögen. Im Kern scheint es darum zu gehen, dass bestimmte Gruppen von Menschen als „höherwertig“ (uns ähnlich, Nachbar*innen) angesehen werden, und die anderen „halt nicht so“ (Hautfarbe, Religion etc). Die Gründe für Vertreibung und Flucht sind aber fast immer die gleichen.

Nadja Lorenz ist Menschenrechtsanwältin und im Netzwerk Asylanwalt aktiv. Von 2003 bis 2014 war sie Vorsitzende von SOS Mitmensch.



Illustration: Petja Dimitrova

Losst's eich nix gfoin!

Wir trauern um
Willi Resetarits

Musiker, Menschenrechtsaktivist,
Mitbegründer von SOS Mitmensch und des Lichtermeers
und immer laut im Kampf für soziale Rechte
und gegen Rechtsextremismus.



Foto: Daniel Novotny



22. Kunst Auktion 2022

Zum Ersten, zum Zweiten, zum Dritten,

geholfen!



Benefizauktion zugunsten von SOS Mitmensch
Mitbieten: 31. Mai bis 9. Juni 2022 online unter
www.dorotheum.com/sos2022
www.sosmitmensch.at

+ anschließender Nachverkauf bis 11. Juli

